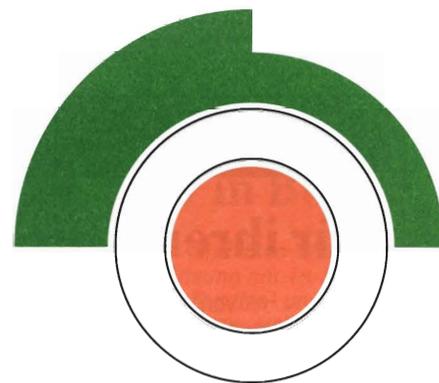


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 15



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 31. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 26.9.2000

WORT UND WIDERWORT

Braucht die Polizei mehr Personal und höheren technischen Standard?

Sozialdemokratische Reformpolitik habe eine moderne, bürgernahe und kompetente Polizei geprägt. NRW habe mit derzeit rund 53 000 Stellen in der Polizei die höchste Polizeidichte seit Bestehen des Landes. Das seien 4 000 oder 7,5 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Diese Personalstärke sei konstant geblieben, obwohl einige Aufgaben wie etwa der Personen- und Objektschutz in Bonn fast gänzlich entfallen seien. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Jürgen Jentsch**. Der CDU- Abgeordnete **Theo Kruse** betont, 5 000 Polizisten mehr seien nötig, gerade vor dem Hintergrund einer unerträglich hohen Kriminalitätsrate, einem besorgniserregenden Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität und nicht zuletzt einer Zunahme von rechtsextremen Straftaten im vergangenen Jahr. Die Polizei müsse ferner von polizeifremder Verwaltungstätigkeit entlastet werden. Der FDP-Abgeordnete **Horst Engel** unterstreicht, die Polizei habe eine der vornehmsten Aufgaben des Staates zu erfüllen, nämlich die innere Sicherheit zu gewährleisten. Das Personal reiche aus, wenn Fehler in der Organisation behoben und die technische Ausstattung verbessert würden. Bei den technischen Standards gebe es erheblichen Nachholbedarf. Die Ausstattung mit Handys und kleinen Funkgeräten sei weiter notleidend. Die GRÜNE-Abgeordnete **Monika Düker** versichert, man halte am Leitbild einer zivilen, bürgernahen Polizei fest. Man wolle eine Polizei, die im Gemeinwesen verankert sei, die mit Verbänden, Initiativen und Kommunen kooperiere, die präventiv wirke und da ihre Ansatzpunkte sehe. Dieses Konzept habe Erfolg. Es wirke sich in Richtung auf niedrige Kriminalitätsraten aus. (Seite 2)

Alte NRW-Staatskanzlei soll nicht verkauft werden Zukunft der Villa Horion noch offen

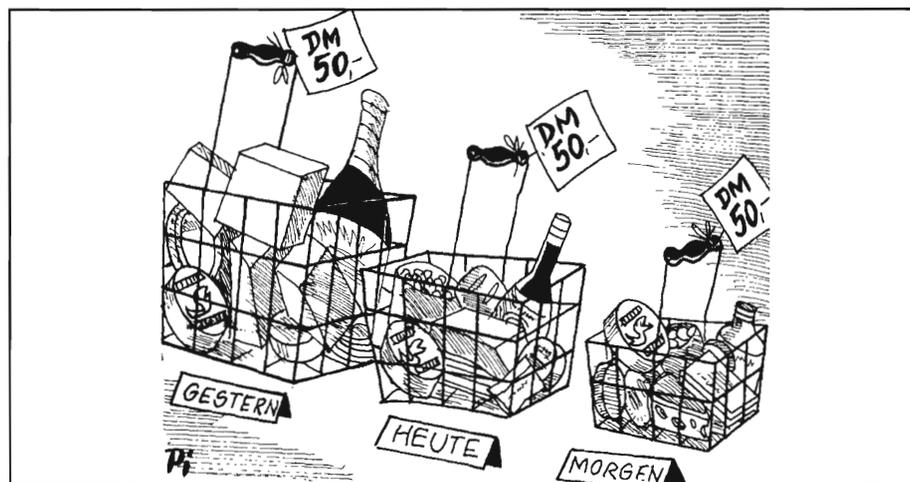
Die Veräußerung der alten Staatskanzlei sei nicht geplant. Diese Feststellung traf der Chef der Staatskanzlei, Georg Wilhelm Adamowitsch, im Hauptausschuss des Landtags, der am 21. September unter Leitung seines Vorsitzenden Edgar Moron (SPD) tagte.

sidenten, passiere. Das sei auch eine Gelegenheit des Landtags, ob er von einer möglichen Option Gebrauch machen wolle, „dort etwas einzurichten“, schloss der Staatssekretär.

CDU-Fraktionssprecher Werner Jostmeier hatte zuvor auf Hinweise in der „Welt am Sonntag“ verwiesen und die Frage gestellt, ob das Land, insbesondere der Finanzminister, planten, die ehemalige Staatskanzlei am Rheinufer zu verkaufen. Jostmeier bat darum, der Hauptausschuss solle sich auf einer seiner nächsten Sitzungen mit derartigen Konzeptionen befassen.

Adamowitsch berichtete, die alte Staatskanzlei werde zurzeit umgebaut. Nach den Umbaumaßnahmen solle sie das Ressort des Ministers für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes, Harald Schartau (SPD) „in toto“ aufnehmen. Zurzeit seien die Dienststellen noch im Stadtgebiet verteilt. Es bestünden noch Mietverhältnisse. Davon trennen müsse man allerdings die Überlegungen, was mit der alten Villa Horion, dem ehemaligen Sitz des Ministerprä-

Wenn der Ölpreis weiter steigt ...



Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

Die Woche im Landtag

Kongress

Einen Kongress „NRW global“ in Bonn kündigte Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) im Europaausschuss an. (Seite 3)

Landesbetrieb

Der Haushaltsausschuss will nach Anhörung den Gesetzentwurf für den neuen Landesbetrieb Liegenschafts-Management verbessern. (Seite 5)

Rechtsausschuss

Justizminister Jochen Dieckmann (SPD) hat in der Profalla-Affäre im Rechtsausschuss Versäumnisse eingeräumt. (Seite 7)

Meldefristen

Die Landesregierung sieht keine Möglichkeit, die Meldung von umstrittenen Gebieten nach der FFH-Richtlinie weiter hinauszuschieben. (Seite 8)

Sanktionen

Mit Koalitionsmehrheit hat der Landtag gegen eine Beendigung der EU-Sanktionen gegen Österreich gestimmt. (Seite 10)

Humanität

Die vier Fraktionen haben sich einhellig für mehr Humanität in der Flüchtlingspolitik ausgesprochen. (Seite 12)

WORT UND WIDERWORT

Für ihren Einsatz braucht die Polizei die beste Technik

Von
Jürgen Jentsch

Sozialdemokratische Reformpolitik hat eine moderne, bürgernahe und kompetente Polizei in NRW geprägt. Das Kienbaum-Gutachten aus dem Jahre 1991 hat die Rahmenbedingungen der modernsten und erfolgreichsten Polizei festgelegt. NRW hat mit derzeit ca. 53 000 Stellen in der Polizei die höchste Polizeidichte seit Bestehen des Landes. Das sind 4 000 oder 7,5 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Diese Polizeistärke ist in den letzten Jahren konstant geblieben, obwohl einige Aufgaben wie etwa der Personen- und Objektschutz in Bonn fast gänzlich entfallen sind. Bereits 79 Prozent aller Beamtinnen und Beamten arbeiten im gehobenen Dienst. In 2002 wird die zweigeteilte

SPD: Personalbestand und Ausrüstung sind auf hohem Niveau

Laufbahn eingeführt. Allein in den letzten fünf Jahren wurde die Polizei mit modernster Technik im Wert von 530 Millionen DM ausgerüstet. Unsere personell starke und hochmotivierte Polizei verfügt über mehr als 22 000 Computerarbeitsplätze. Handys, Laptops und modernste Fahndungstechnik tragen mit zu großen Fahndungserfolgen bei. Modernste Vernetzung garantiert in Sekundenschnelle die Vermittlung in jede Polizeidienststelle. Leistungsfähige Fahrzeuge, u. a. 10 000 PKWs, dazu Kräder, Fahrräder gehören zur Standardausrüstung und garantieren jederzeit einen der Situation angepassten Einsatz. Dazu kommen Hubschrauber, kleine Flugzeuge und Boote. Hochmoderne digitale Funkgeräte stehen in der Erprobung, um die Kompatibilität mit dem Rettungswesen und der Ausrüstung der Polizei in den benachbarten Ländern zu gewährleisten. Unsere Polizei wird auch in Zukunft zeitnah mit sinnvollem und modernem technischen Equipment ausgerüstet sein, um so dem höchsten technischen Standard zu entsprechen.

Von
Theo Kruse

Die Polizei leistete in der Zeit von Oktober 1998 bis September 1999 fast acht Millionen Stunden Mehrarbeit. Zwei Millionen Stunden mehr als noch 1990. Allein dies ist nicht nur Beleg der hohen Einsatzbereitschaft unserer Polizei, sondern macht deutlich, welch hoher Belastung unsere Polizei Tag für Tag ausgesetzt ist. Viele Kreispolizeibehörden melden, dass sie weniger Personal haben, als ihnen nach der belastungsbezogenen Kräfteverteilung zusteht. Wir brauchen mehr Polizei. Gerade vor dem Hintergrund einer unerträglich hohen Kriminalitätsrate, einem besorgniserregenden Anstieg der Kinder- und Jugendkriminalität und nicht zuletzt einer Zunahme von rechtsextremen Straftaten im vergangenen Halbjahr. 5000 Polizisten mehr sind nötig. Angesichts einer jahrzehntelangen falschen Politik der Landesregierung, einer falschen finanzpolitischen Prioritätensetzung ist die rot-grüne Regierungskoalition nicht in

CDU: 5000 Polizisten mehr sind nötig

der Lage, eine ausreichende Zahl von Polizisten zur Verfügung zu stellen. Wir brauchen daher ein Bündel von Maßnahmen, um die Polizei zu entlasten und Kriminalität zu bekämpfen. Die Polizei muss endlich von polizeifremder Verwaltungstätigkeit entlastet werden. Zum Teil wird 10% der Arbeitszeit in Arbeitskreisen verplempert. Die Polizei darf nicht ständig reformiert und evaluiert werden. Sie muss sich dem widmen können, wozu sie eigentlich da ist: Der Verhinderung und Bekämpfung von Kriminalität. Aber eines ist auch wichtig: Die Polizei braucht optimalen technischen Standard. Dies entlastet nicht nur die Polizei, macht Polizeiarbeit effektiver, sondern ermöglicht gleiche „technische“ Augenhöhe mit den Kriminellen. Eine optimale technische Ausstattung dient nicht nur einer effektiven Kriminalitätsbekämpfung, sie dient der Sicherheit unserer Polizeibeamtinnen und -beamten. Trotzdem: Mehr Polizei tut Not. Dafür müssen wir in den nächsten Jahren im Rahmen der Haushaltsberatungen die richtigen Prioritäten setzen. Ein erster Schritt wäre, dass nicht mehr weniger Polizisten eingestellt werden, als in den Ruhestand gehen. Trotz leerer Kassen: Die Sicherheit muss gewährleistet bleiben.

Von
Horst Engel

Die Polizei hat eine der vornehmsten Aufgaben des Staates zu erfüllen, nämlich die innere Sicherheit zu gewährleisten. Nach Auffassung der Freien Demokraten reicht das Personal aus, wenn Fehler in der Organisation behoben und die technische Ausstattung verbessert werden. Zurzeit hat der normale Streifenbeamte sieben Vorgesetzte, Stäbe, Führungsstellen und Zwischenvorgesetzte versperren nicht nur den Weg zu den Linienvorgesetzten. Eine solche Organisation behindert auch die Kommunikation und steht im krassen Widerspruch zum neuen Steuerungsmodell und zur Deregulierung. Informationsdefizite, Doppel- und Dreifacharbeit sind deshalb die tägliche Praxis. Die polizeiideologisch motivierte inhaltsgleiche Ausbildung für Schutz- und Kriminalpolizei und die austauschbare Verwendung ohne Anpassungsfortbildung hat

FDP: Mehr Nutzen durch intelligente Organisation

die Polizei entprofessionalisiert. Sie hat zum dramatischen Absinken der Ermittlungsqualität geführt. Gegensteuern mit immer mehr Personal ist die Folge. Die Präsenzkonzepte binden erhebliche Kräfte. Sie müssen überprüft werden. Das gilt besonders für einen differenzierten Einsatz des Bezirksdienstes. Das inzwischen weit verbreitete Gremienwesen hat zu einem regelrechten Besprechungstourismus geführt. Auch hier, wie bei der Personalauswechslung bei Großeinsätzen, muss wieder mehr das ökonomische Prinzip beachtet werden. Zu knappe Budgets führen heute schon in Außenbezirken zu immer weniger Prävention, z. B. durch motorisierte Streifen. Zu befürchten ist der Übergang zu reinen „Feuerwehreinsätzen“. Deshalb müssen die Budgetansätze deutlich angehoben werden; Flächenbehörden brauchen Flächenzuschläge. Bei den technischen Standards gibt es erheblichen Nachholbedarf. Statt Inselfösungen muss die Vernetzung der PC-Ausstattungen vorangetrieben werden. Die Ausstattung mit Handys und kleinen Funkgeräten ist weiter notleidend. Bei der Fahrzeugbeschaffung fehlt die Flexibilität. Oft reichen wirklich kleinere Fahrzeuge aus. Auch Leasing ist eine Alternative.

Von
Monika Düker

NRW verfügt über eine gut ausgebildete, angemessen ausgestattete und motivierte Polizei. Die schrecklichen Morde an Polizistinnen und Polizisten haben die Diskussion über die Ausstattung der Polizei neu belebt, insbesondere die Frage, ob neue Schutzwesten benötigt werden, steht dabei im Mittelpunkt. Ich denke, wir sollten jetzt den Modellversuch mit den neuen stich- und schussfesten Westen abwarten. Die entsprechenden Mittel hierfür werden im Nachtragshaushalt bereitgestellt. Wenn dieser Versuch positiv ausfällt, sollten die Schutzwesten für alle Polizistinnen und Polizisten zeitnah beschafft werden. Darüber hinaus muss in der Aus- und Fortbildung etwas getan werden. Schutzwesten machen nicht unverwundbar, sie helfen z. B. nicht bei Kopfschüssen. In der

GRÜNE: Leitbild der zivilen bürgernahen Polizei

Aus- und Fortbildung muss versucht werden, die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten besser auf Gefahren vorzubereiten und die Eigensicherung zu verbessern. Es sind entsprechende Angebote auszubauen, und es ist sicherzustellen, dass Polizistinnen und Polizisten die Möglichkeit haben, mindestens einmal im Jahr an solchen Fortbildungen teilzunehmen. Für die Motivation ist eine angemessene Besoldung und Ausbildung von großer Bedeutung. Wir werden daher ab 2002 die zweigeteilte Laufbahn für die Polizei einführen und dann nur noch für den gehobenen und höheren Dienst einstellen. Wir halten am Leitbild einer zivilen, bürgernahen Polizei fest. Auch da sind wir mit der Gewerkschaft der Polizei einer Meinung. Wir wollen eine Polizei, die im Gemeinwesen verankert ist, die mit Verbänden, Initiativen und Kommunen kooperiert, die präventiv wirkt und da ihre Ansatzpunkte sieht. Dieses Konzept, das in der Vergangenheit durch die Koalitionsfraktionen immer weiter entwickelt wurde, hat Erfolg. Es wirkt sich in Richtung auf niedrige Kriminalitätsraten aus. Diese erfolgreiche Politik wollen wir fortsetzen.

Drei Minister im Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik

„NRW global“ Ende November in Bonn

Minister Samland unterstrich, dass er sich verstärkt auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips konzentrieren werde, eine noch intensivere Vertretung der nordrhein-westfälischen Interessen im Bereich der europäischen Energiepolitik anstrebe sowie eine Intensivierung der interregionalen Kooperation mit den westlichen Nachbarn Nordrhein-Westfalens, aber auch mit der polnischen Region Schlesien und möglicherweise auch mit einer Region in der Türkei in den Vordergrund rücken wolle. Zusätzlich soll es sektorale Kooperationen mit Schweden und Finnland geben, die auf der Basis konkreter Projekte aufgebaut werden sollen. Um den Ausbau der Beziehungen Nordrhein-Westfalens zu den Benelux-Staaten weiter auszubauen, wird am 2. November der flämische Ministerpräsident Patrick Dewael Nordrhein-Westfalen besuchen.

Die Landesvertretung NRW in Brüssel will Minister Samland nach dem Vorbild einer „public-private-partnership“ umgestalten. Durch dieses neue Konzept soll vor allem die Wirtschaft verstärkt in die Aktivitäten der Landesvertretung eingebunden werden.

Ministerin Höhn betonte, dass sie die Synergieeffekte, die sich aus ihren beiden Zuständigkeitsbereichen Umwelt und Eine-Welt-Politik ergeben, möglichst intensiv nutzen wolle. Zur Unterstützung ihrer Arbeit im Politikfeld Eine-Welt werde jetzt ein eigenes Referat in ihrem Ministerium errichtet.

Die Eine-Welt-Politik ist für die Ministerin eng

Gleich drei Minister berichteten vor dem Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik während der von der Vorsitzenden Ute Koczy (GRÜNE) geleiteten Sitzung am 18. September. Nach der Kabinettsumbildung existiert jetzt wieder das Amt des Bundes- und Europa-Ministers, das von Dettel Samland ausgefüllt wird. Der neue Europaminister stellte den Ausschussmitgliedern seine Zielsetzungen vor. Da aufgrund der neuen Aufgabenverteilung innerhalb der Landesregierung die Eine-Welt-Politik in die Zuständigkeit des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz fällt, legte Ministerin Bärbel Höhn ihre Vorstellung zu diesem Politikbereich dar. Als drittes Kabinettsmitglied berichtete der Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, Harald Schartau, über die künftige europäische Strukturförderung in NRW im Bereich des Ziel 3 (Qualifikation von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern).

nachhaltige Entwicklung geben. Themen sind u. a. nachhaltiges Wirtschaften (Anreize für eine ökologische Modernisierung), die Nachhaltigkeit im Leitbild der modernen Verwaltung, die Internationalität von Forschung, Wissenschaft, Lehre, Bildung und Ausbildung und die nachhaltige Sozialpolitik in einer globalisierten Welt.

Ende des Jahres stehe auch die Neubestellung des Eine-Welt-Beirats an, so die Ministerin. Der Eine-Welt-Beirat berät die Landesregierung in Fragen der Globalisierung und der Eine-Welt-Politik.

Minister Schartau berichtete, dass auf das neue Ziel 3 der europäischen Strukturfonds europaweit in der Förderperiode 2000 bis 2006 24,05 Milliarden Euro entfallen. Für Nordrhein-Westfalen stehen in dieser Zeitspanne rund 1,5 Milliarden Mark zur Verfü-

gung. Diese Mittel müssen zu 50 Prozent kofinanziert werden, weshalb sich ein Finanzvolumen von über 3 Milliarden Mark ergibt. Alle geförderten Maßnahmen müssen innerhalb von fünf Politikfeldern angesiedelt sein, die die Europäische Kommission vorgibt. Zu diesen Politikfeldern gehören die aktive Arbeitsmarktpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Förderung der Chancengleichheit aller beim Zugang zum Arbeitsmarkt, die Förderung und Verbesserung der Systeme der beruflichen Bildung, die arbeitsorientierte Modernisierung und Entwicklung des Unternehmergeistes sowie die Förderung der Beschäftigung von Frauen.

Der Ausschuss ließ sich außerdem über den Stand des europäischen Verfahrens gegen die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute und das NRW-EU-Ziel-2-Programm unterrichten.



Um seine Arbeit während der 13. Wahlperiode zu organisieren, ließ sich der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik von drei Ressorts der Landesregierung über deren politische Vorhaben informieren, v. l. Arbeitsminister Harald Schartau (SPD), Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE), jetzt zuständig auch für Eine-Welt-Politik, Europaminister Dettel Samland (SPD), Ausschussvorsitzende Ute Koczy (GRÜNE).
Fotos: Schälte

verknüpft mit der Umsetzung der Lokalen Agenda 21 und dem nordrhein-westfälischen Promotorenmodell. Dieses Modell, das unter anderem die Aufgabe hat, die Bevölkerung in NRW für eine nachhaltige Entwicklung und entwicklungspolitische Probleme zu sensibilisieren und die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu stärken, habe Vorbildcharakter in der gesamten Bundesrepublik erlangt. Dieses Modell soll, nach den Wünschen der Ministerin, weiter ausgebaut werden.

Auch setze sie sich sehr dafür ein, dass eine geplante Servicestelle für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Bonn angesiedelt wird. Dies mache Sinn, da Bonn zum Zentrum für die Entwicklungszusammenarbeit in der Bundesrepublik ausgebaut werden soll.

Ministerin Höhn kündigte zudem den Kongress der Landesregierung „NRW in globaler Verantwortung“ an, der am 30. November und 1. Dezember in Bonn stattfinden wird. Dieser Kongress soll in NRW Impulse für die

Deutsche Länder für klare Kompetenzen

Der Subsidiaritätsbericht 1999 der Bundesregierung (EU-Vorlage 13/21) gibt einen kurzen Überblick über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips in den letzten fünf Jahren. Dabei stellt der Bericht eine positive Entwicklung fest. Während 1995 noch 232 Rechtsakte überprüft wurden und in 13 Fällen Anlass zu Subsidiaritätsbedenken gegeben war, so wurden 1999 nur noch 60 Rechtsakte einer Prüfung unterworfen, und nur bei zwei Rechtsakten wurden Bedenken geäußert. Erheblich weniger neue Rechtsakte habe die Kommission seit dem Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht und dem Amtsantritt der Santer-Kommission vorgeschlagen. Die Bundesregierung stellt mit Befriedigung fest, dass die Kommission und der Europäische Rat dem Subsidiaritätsprinzip eine hohe Bedeutung beimessen. Die Prüfung neuer Rechtsakte werde weiterhin durchgeführt.

Am Jahresbericht 1999 der EU-Kommission rügt der Bundesrat erneut das fehlende Bekenntnis der EU-Kommission zum Subsidiaritätsprinzip im Binnenmarkt. Er sieht unklare Zuständigkeits-Abgrenzung auf mehreren Politikfeldern. Bei den Mitgliedstaaten sollten die Zuständigkeiten für Kultur, Raumordnung und öffentliche

Ordnung verbleiben. Die EU solle sich auf Kernaufgaben beschränken. Auch der Ausschuss der Regionen (AdR) versteht sich als „Hüter des Subsidiaritätsprinzips“. Die Einhaltung des Prinzips sei im Interesse bürgernahe Entscheidungen wichtiger denn je. Der AdR erhofft sich davon auch einen Schutz vor Zentralisierung.
Betina Psyk

„Regierungserklärung“ zur Kommunalpolitik

Ausschuss erwartet leichter verständliche Gemeinde- und Haushaltsordnung

In der von seinem neuen Vorsitzenden Jürgen Thulke (SPD) geleiteten Sitzung des Ausschusses für Kommunalpolitik am 20. September trug Innenminister Dr. Fritz Behrens die von der Landesregierung geplanten Vorhaben der 13. Wahlperiode vor. Zum Nachtragshaushalt 2000, den der Ausschuss am 18. Oktober beraten will, teilte er auf eine Frage der stellvertretenden Vorsitzenden Monika Brunert-Jetter (CDU) mit, die für die Kommunen vorgesehenen zusätzlichen 430 Millionen Mark würden am 20. Dezember ausgezahlt. Ewald Groth (GRÜNE) äußerte vorab Bedenken gegen die 50:50 vorgesehene Aufteilung in Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschale, denen sich FDP-Sprecher Dr. Ingo Wolf anschloss. Die Mittel aus dem Sonderprogramm für kommunale Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, das eine Mark pro Einwohner vorsieht, würden im September ohne Antrag ausgezahlt, teilte Ministerialdirigent Friedrich-Heinrich Held mit.



Im Ausschuss für Kommunalpolitik trug Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD, l.) die kommunalpolitisch bedeutsamen Vorhaben der Landesregierung für die 13. Wahlperiode vor; die Ausschussführung hat sich verjüngt (weiter v. l.), Vorsitzender wurde Jürgen Thulke (SPD), seine Stellvertreterin Monika Brunert-Jetter (CDU), Ausschussassistent Norbert Krause. Foto: Schälte

Kein Land in der Bundesrepublik habe einen so hohen Grad der Kommunalisierung öffentlicher Aufgaben wie NRW, leitete Minister Behrens ein und sprach dann als Beispiel für neue Instrumente der Bürgerbeteiligung den „Bürgerhaushalt“ an. Zusammen mit der Stadt Monheim sei modellhaft der kommunale Haushalt auch für Laien verständlich dargestellt worden. Die Bürger sollten für die Aufstellung des Haushalts interessiert werden. Die Bertelsmann-Stiftung beteilige sich an einem Modellprojekt zum Bürgerhaushalt. Nachdenkenswert bei allen Bemühungen nach dem Motto „Lokal aktiv“ sei aller-

dings die geringe Wahlbeteiligung bei der Stichwahl in Köln, fügte er hinzu. Bei der Einführung neuer Steuerungsmodelle, Stichwort „Konzern Stadt“, sollten in Projekten nach dem Motto „Kommunen helfen Kommunen“ bereits gesammelte Erfahrungen vermittelt werden. Am Projekt „produktorientierter Haushalt“ beteiligten sich außer der Stadt Kerpen vier weitere Kommunen und der Kreis Euskirchen. Die Stadt Hagen entwickle ein „virtuelles Rathaus“ und nutze dabei das Internet sowie „Kiosk-Systeme“, womit die Bürger Dienstleistungen der Gemeinde online nutzen können sollten.

„Kommunen gegen Rechtsextremismus“

Im Ausschuss für Kommunalpolitik erläuterte Ministerialdirigent Geld (Innenministerium) am 20. September, nach dem Förderprogramm des Landes „Kommunen gegen Rechtsextremismus“ erhielten die Städte eine Mark pro Einwohner und die Kreise 100 000 Mark. Das Geld sei für drei Bereiche bestimmt: zur Information über Gewalt, über Respekt vor kulturellen Traditionen anderer/Toleranz und zum Stärken von Zivilcourage. Anträge und Verwendungsnachweise seien nicht erforderlich. Als Zeitrahmen stelle sich das Innenministerium Ende 2001 vor. Ein Erlass über die guten Erfahrungen mit „Flagge zeigen gegen Gewalt“ von 1993 gehe in den nächsten Tagen an die Bezirksregierungen. Held erwähnte aktuelle Aktionen von Ausländerbeiräten bereits im Vorfeld und übergab einen „Waschzettel“ zu dem Förderprogramm. Minister Behrens wies auf Ordnungspartnerschaften und Kriminalpräventive Räte als bewährte Strukturen hin.

Die Sprecher der Fraktionen äußerten sich zustimmend. Ewald Groth (GRÜNE) war „begeistert“ und dachte an die Strukturen der Eine-Welt-Promotoren. Heinz Wirtz (SPD) sprach sich für die möglichst freie Vergabe im Interesse einer breiten Wirkung aus. Ähnlich äußerten sich Franz-Josef Britz (CDU) und Dr. Ingo Wolf (FDP).

Beim Ausgliedern von klassischen kommunalen Aufgaben und Gründen von Eigenbetrieben für Aufgaben, die bisher „im Rathaus“ erledigt worden seien, gehe es um die Verantwortung des Rats und die Transparenz einerseits sowie um die Ehrlichkeit kommunaler Haushalte andererseits. Der Innenminister kündigte einen Beratungsvertrag an, der den kommunalen Spitzenverbänden in Kürze zugeleitet werde und der den rechtlichen Rahmen und die politischen und haushaltsmäßigen Konsequenzen aufzeigen solle. Seine zehn Eckpunkte für neues Finanzmanagement vom Mai 1999 seien außerordentlich positiv aufgenommen worden. Ziele seien ein aussagefähiges Rechnungswesen und die Überwindung der Aufsplitterung in kamerale und kaufmännische Buchhaltung. Die erste Phase eines Modells mit fünf Städten sei ins Internet gestellt worden und werde am 22. September in Herne vorgestellt.

Am kommunalen Finanzausgleich werde es keine umfassende Reform geben, fuhr Behrens fort. Allerdings müsse die Datenbasis für die Ermittlung des Bedarfs und der Einnahmekraft aktualisiert werden. Dann werde der Soziallastensatz überprüft. Die in der vorigen Wahlperiode nicht zustande gekommene Gemeindeprüfungsanstalt solle wieder aufgegriffen werden.

In der Gemeindeordnung seien durch zahlreiche Änderungen systematische Ungenauigkeiten entstanden. Sie solle deshalb überarbeitet werden. Zu den Handlungsempfehlungen der „Finanzkommission“ für eine zeitgemäße und angemessene Finanzausstattung der Kommunen nähmen jetzt die Ressorts Stellung.

SPD-Sprecher Heinz Wirtz begrüßte die Vorhaben zu mehr Bürgerbeteiligung und besserem Service. Er wünschte sich bei der Überarbeitung der Gemeindeordnung eine bessere Verständlichkeit, im Übrigen möglichst wenig Änderung. Das Anhörungsrecht der Spitzenverbände im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung solle schriftlich verankert werden.

Ewald Groth sprach sich für die GRÜNE-Fraktion für die Einrichtung einer Gemeindeprüfungsanstalt und für einen einfacheren Kommunalhaushalt aus. An mehr Transparenz solle gearbeitet, aber der Haushalt wie bisher vom Rat beschlossen und nicht dem Einfluss von Interessengruppen ausgesetzt werden. Beim „Entkernen“ öffentlicher Aufgaben müsse vor allem auf aktuelle EU-Vorhaben geachtet werden.

CDU-Sprecher Franz-Josef Britz wies hinsichtlich der „kommunalfreundlichen“ Aufgabenwahrnehmung auf die dazu nötige Finanzausstattung hin und meinte, an der „großen Reformlandschaft“ der NRW-Kommunen könne sich die Landesverwaltung ein Beispiel nehmen. Die „Fürsorge“ des Landes gegenüber den Kommunen könne auch erdrücken. Die Gemeindeordnung solle wirklich grundlegend reformiert werden.

Dr. Ingo Wolf (FDP) sah ebenfalls ein Missverhältnis zwischen Aufgaben und Finanzausweisungen, was schon an den vielen unausgeglichenen kommunalen Haushalten erkennbar sei. Beim kommunalen Wirtschaften sei die FDP eher für weiteres Einschränken der Daseinsvorsorge. Kommunen sollten derzeit vieles leisten, was auch Private könnten. Wie der CDU-Sprecher, befürchtete auch Wolf ungünstige Auswirkungen der Koalitionsvereinbarung auf die kommunalen Finanzen, äußerte sich aber zufrieden mit dem Erhalt eigener Heberechte.

Neu im Land: Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW

Im Nachtragshaushalt 2000 vermisste CDU-Sprecher Helmut Diegel einen Ansatz zum Immobilien-Management, das laut Pressemitteilungen zum 1. 1. 2001 als Landesbetrieb gestaltet werden sollte. Den Ausschussmitgliedern lag hierzu die gemeinsame Presseerklärung des Finanz- und des Bauministers vom Vortag vor. Darin informieren die Minister Steinbrück und Dr. Vesper über den Kabinettsbeschluss vom 12. September, dass ein Gesetzentwurf zur Errichtung eines „Bau- und Liegenschaftsbetriebs NRW“ (BLB) eingebracht werde. Die Landesregierung wolle die Bauverwaltung und die Verwaltung der Liegenschaften des Landes, zusammen 1700 Grundstücke mit mehr als 4500 Gebäuden und einer Geschossfläche von über 12 Millionen Quadratmetern mit einem geschätzten Wert von 20 bis 28 Milliarden Mark, zusammenfassen und ab Januar 2001 als professionelles Immobilienunternehmen betreiben.

Bisher unterstützten die Liegenschaftsverwaltung, so erläuterten die Minister der Presse, dem Finanzminister und dem Bauminister die Bauvorhaben auf landeseigenen Grundstücken. Jedes einzelne Ministerium habe eigene Hausverwaltungskapazitäten für die Bewirtschaftung seiner Gebäude. Damit seien rund 8000 Bedienstete beschäftigt, die mittelfristig im Landesbetrieb BLB unter Beibehaltung ihres Status als Landesbedienstete zusammengefasst werden sollten. Die Ministerien würden künftig zu Mietern ihrer Gebäude. Aus dieser großen Reform erwarte das Land mittelfristig einen jährlichen Ertrag von 250 Millionen Mark.

Anhörung soll ein „gutes Gesetz“ bringen

Beim ersten Beratungsdurchgang des Nachtragshaushalts 2000 im Haushalts- und Finanzausschuss kam in der von Vorsitzendem Volkmar Klein (CDU) geleiteten Sitzung am 14. September auch der von der Landesregierung angekündigte Landesbetrieb für ein professionelles Bau- und Liegenschafts-Management zur Sprache. Außerdem standen Vorlagen des Finanzministeriums, unter anderem zu Landesbürgschaften im 2. Halbjahr 1999 und zum Schuldenstand des Landes NRW, auf der Tagesordnung. Staatssekretär Dr. Harald Noack berichtete auf Bitten der CDU-Fraktion zur Finanzierung des Sonderprogramms zur Unterstützung der Kommunen gegen Rechtsextremismus. Er sagte einen eingangs vom Vorsitzenden angemahnten Bericht über die Etatisierung der Umressortierungen innerhalb der Landesregierung kurzfristig zu.

Staatssekretär Dr. Noack antwortete auf mehrere Fragen von Ausschussmitgliedern. Der Landesbetrieb werde erst im Haushalt 2001 wirksam. Er erhalte eine zentrale Geschäftsführung in Düsseldorf mit drei Leitungspersonlichkeiten, und zwar je einem Fachmann aus den beiden Ministerien und einem Immobilienfachmann aus der Wirtschaft. Weitere Geschäftsstellen werde es in der Fläche geben.

CDU-Sprecher Diegel erinnerte daran, dass seine Fraktion dieses professionelle Liegenschafts-Management schon lange fordere. Insofern sei er froh über die Nachricht. Auch habe die CDU schon angekündigt, dazu eine Sachverständigen-Anhörung durchzuführen. SPD-Sprecher Ernst-Martin Walsken legte Wert auf gründliche Beratung, damit das Gesetz gut werde, auch wenn das Unternehmen dann etwas später seinen Betrieb aufnehmen, und erklärte sich, wie auch die anderen Fraktionen, mit der Anhörung einverstanden. Um die Beratung zu beschleunigen, schlug er eine Sondersitzung des Haushaltsausschusses vor. Die Sach-

verständigen-Anhörung soll noch im Herbst stattfinden.

Inzwischen liegt der Gesetzentwurf „zur Errichtung eines Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW“ und zum Erlass personalvertretungsrechtlicher Regelungen“ (Drs. 13/189) bereits vor und wird am 28. September im Landtag eingebracht. Am gleichen Tag nimmt der Haushaltsausschuss die Beratungen auf. Der Gesetzentwurf enthält gleichzeitig eine Übergangsregelung für den in der vorigen Wahlperiode beschlossenen „Landesbetrieb Straßenbau“. In der Begründung heißt es, Flächen und Gebäude müssten als knappes Gut begriffen und die Kosten von der nutzenden Verwaltung getragen werden. Die zu entrichtenden Mieten würden im Landeshaushalt bereitgestellt. Für die medizinischen Einrichtungen könnten abweichende Regelungen getroffen werden. Um die Budgetrechte des Parlaments zu achten, werde der Wirtschaftsplan als Anhang zum Haushaltsplan veröffentlicht.

Verkehrsausschuss

Ministerielle Antworten auf aktuelle Fragen

In der vom Vorsitzenden Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung des Verkehrsausschusses am 21. September berichtete Minister Ernst Schwanhold über die verkehrspolitischen Vorhaben der Landesregierung in der 13. Wahlperiode. Die Fraktionen vertagten ihre Stellungnahmen bis zur Ausschusssitzung am 19. Oktober. Aus aktuellem Anlass kündigte der Minister beim Thema Luftverkehr eine erweiterte Betriebsgenehmigung für den Flughafen Düsseldorf an, die das Optimum beim Ausschöpfen der Einbahn-Kapazität ermöglichte und dem Ausschuss noch am Abend vorliegen werde. Vertreter der Deutschen Bahn AG nahmen zu „Perspektiven des Fernverkehrs in NRW“ Stellung und beantworteten zahlreiche Fragen aus dem Ausschuss (weitere Berichte folgen).

Anlässlich der geänderten Verwaltungsvorschriften zum Regionalisierungsgesetz NW (Vorlage 13/23), wonach die Landeszuwendungen für Fahrzeugbeschaffung auch für sonstige Investitionsmaßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs eingesetzt werden können, wurden aus dem Ausschuss Wünsche der Zweckverbände für noch mehr Flexibilität geäußert, um Anreize zu betriebswirtschaftlich günstigeren Verhandlungen zu schaffen, die von Schwan-

hold jedoch abschlägig beschieden wurden. Für die Auswahlkommission „Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden in NRW“ benannten die Fraktionen folgende Ausschussmitglieder: Karl-Heinz Haseloh (SPD), Bernhard Schemmer (CDU), Christof Rasche (FDP) und Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE).

Um einer landesweiten Einführung von Schülertickets einen „Schub“ zu geben, sei

ein Arbeitskreis gebildet worden, erläuterte der Minister, der die verschiedenen Modelle von Ballungs- und ländlichen Räumen prüfen solle. Das in Bonn/Rheinsieg bewährte Pilotprojekt mit einem Schülerticket zum Preis von 14,50 Mark sei landesweit nicht zu machen. Ein Preis um 40 Mark erscheine im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr möglich. Bis zum Schuljahresbeginn 2001 solle eine Lösung erarbeitet werden.



Im Verkehrsausschuss haben die CDU-Politiker Gerhard Wächter (l.) und Günther Langen (2. v. l.) in der 13. Wahlperiode die Rollen getauscht: Wächter ist jetzt Sprecher der CDU-Fraktion, Langen stellvertretender Vorsitzender; Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD, 3. v. l.) gab zu Beginn dem Ausschuss, der mit Manfred Hemmer (SPD, r.) seinen früheren Vorsitzenden behalten hat und sich etwa zur Hälfte aus neuen Abgeordneten und jetzt vier Fraktionen zusammensetzt, eine Einführung in die Verkehrspolitik für die nächsten fünf Jahre. Fotos: Schäite



Zum Vorsitzenden des Unterausschusses Personal wurde der Bonner CDU-Abgeordnete Helmut Stahl (l. Foto) gewählt. Er ist zugleich Sprecher seiner Fraktion. Erwin Siekmann (SPD, r.) wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Fotos: Schälte

Neue Abgeordnete im Unterausschuss Personal

Der Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses startet seine Arbeit in der 13. Wahlperiode mit vielen neuen Mitgliedern des Landtags. Nur Erwin Siekmann (SPD, r.), der zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde, und die beiden SPD-Abgeordneten Irmgard Mierbach und Gisela Walsken, die als Sprecherin ihrer Fraktion fungiert, bringen als ordentliche Mitglieder die Erfahrung aus der vorigen Wahlperiode ein.

Weitere ordentliche Mitglieder sind die SPD-Abgeordneten Günter Garbrecht, Werkzeugmacher aus Bielefeld, und Michael Groschek, kaufmännischer Angestellter aus Oberhausen, die CDU-Abgeordneten Wolfgang Dietrich, Steuerberater aus Geilenkirchen, Manfred Luckey, Geschäftsführer aus Schlangen, und Norbert Post, Gesamtschul-

direktor aus Mönchengladbach, die FDP-Abgeordnete Angela Freimuth, Rechtsanwältin aus Lüdenscheid, und die Vizepräsidentin des Landtags Edith Müller (GRÜNE), Juristin aus Köln. Freimuth und Müller sind auch Sprecherinnen ihrer Fraktionen.

Der Unterausschuss Personal berät personalwirtschaftlich relevante Vorlagen aller Ressorts der Landesregierung und stimmt über die Anträge ab. Einstimmige Beschlüsse des Unterausschusses passieren den Haushalts- und Finanzausschuss anschließend ohne Aussprache. Der Unterausschuss Personal wird bei seiner Arbeit von einem Gutachterdienst der Landtagsverwaltung unterstützt (Leitung: Ministerialrat Hans-Joachim Donath). Nach der Konstituierung nimmt der Unterausschuss Personal seine Arbeit am 18. Oktober auf.

Charta der Grundrechte der Europäischen Union

„Gesamtpaket mit Kompromisscharakter“

Auf dem Gipfel von Köln im Juni 1999 wurde vom Europäischen Rat beschlossen, dass eine europäische Grundrechtecharta erarbeitet werden müsse, um die überragende Bedeutung der Grundrechte und ihre Tragweite für die Unionsbürger sicher zu verankern und den Bürgern sichtbarer zu machen. Dafür setzte der Europäische Rat eine Ad-hoc-Instanz zur Erarbeitung eines Entwurfes der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ein. Das 62-köpfige Gremium, der so genannte Konvent, konstituierte sich im Dezember 1999 in Brüssel. Zum Vorsitzenden wurde der ehemalige deutsche Bundespräsident, Professor Roman Herzog, gewählt. Der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik setzte sich am 18. September 2000 mit dem Entwurf dieser Charta auseinander, nachdem der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Detlef Samland, dazu berichtet und Stellung genommen hatte.

Am 28. Juli 2000 legte der Konvent den ersten vollständigen Entwurf einer europäischen Grundrechtecharta vor. Der Entwurf umfasst 52 Artikel, die in sieben Kapiteln gegliedert sind. Die Charta soll die Grundfreiheiten der europäischen Bürgerinnen und Bürger, die Rechte der Gemeinschaft und die vom Europarat beschlossene Sozialcharta sichtbar machen und dadurch ihren Schutz angesichts der Entwicklung der Gesellschaft, des sozialen Fortschritts und der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung verstärken. Die Präambel knüpft an die Europäischen Verträge an. Auf dem im Dezember dieses Jahres stattfindenden Gipfel von Nizza soll die Grundrechtecharta feierlich proklamiert werden. Es ist jedoch noch unklar, ob diese Charta dann auch in die Europäischen Verträge überführt werden wird.

Soziale Rechte

Die Arbeit des Konvents wurde und wird im Wesentlichen von drei Leitgedanken geprägt: Mit der Grundrechtecharta soll ein vollständiger Grundrechtskatalog erarbeitet werden, der die gemeinsamen Rechtskulturen und die gemeinsamen Wertüberzeugungen wiedergeben soll. Gleichzeitig soll auch eine Grundwertecharta geschaffen werden, da die sozialen Rechte konstitutive Bestandteile des europäischen Sozialmodells sind. Demnach sind auch soziale Werte in die Charta aufgenommen worden. Jedoch bleibt die Frage offen, welchen Rechtscharakter diese soziale Rechte erhalten sollen. Zwei-

tens soll die Charta möglichst knapp gefasst werden, sodass sie von den Unionsbürgern wahrgenommen wird und damit identitätsbildend wirken kann. Und drittens soll die Charta einen Mehrwert gegenüber der Europäischen Menschenrechtskonvention bieten.

In der Sitzung des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik am 18. September 2000 nahm der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Detlef Samland, zu dem Entwurf (EU-Vorlage 13/15) Stellung. Er sagte, der jetzt vorgelegte Entwurf könne nicht als ein Ergebnis einer förmlichen Abstimmung innerhalb des Konvents angesehen werden. Es handele sich vielmehr um ein „Gesamtpaket“ mit deutlichem Kompromisscharakter. Der Entwurf gebe wieder, „was nach Auffassung des Präsidiums für alle Seiten zustimmungsfähig“ sei. Von daher gehe der Minister nicht davon aus, dass sich die Grundpfeiler der Charta noch wesentlich ändern werden. Als Zwischenergebnis sei dieser Entwurf jedoch außerordentlich beachtlich und stelle eine große europäische Leistung dar, mit der sich die Bundesländer arrangieren könnten.

Große Leistung

Trotz der positiven Beurteilung des Entwurfes als Rechtstext weise dieser aber auch Defizite auf, die aus der Sicht der Landesregierung zu verbessern sind. Der Minister griff dabei im Wesentlichen drei Punkte auf. Zu kritisieren sei erstens die Unklarheit darüber, welche Gewährleistungen als unmittelbar geltende, subjektive Rechte gedacht seien.

Insbesondere im Bereich der sozialen Rechte müsse dies geklärt werden. Außerdem bleibe unklar, in welchen Fällen die Grundrechte nicht nur die Verhältnisse zwischen Bürgern und Hoheitsträgern regeln, sondern auch zwischen Privaten Wirkung entfalten sollten. Drittens seien die Einschränkungsmöglichkeiten jener Rechte undeutlich, die keine Entsprechung in der Europäischen Menschenrechtskonvention haben. Im Hinblick auf diese Punkte garantierte der Minister, dass sich die Länder in der dritten Lesung noch einmal nachdrücklich um Verbesserungen bemühen würden.

Unklare Wirkung

Die deutschen Länder hätten sich von Beginn an aktiv an den Arbeiten zu diesem Entwurf beteiligt und würden dies auch weiterhin tun. Der Minister führte weiter aus, dass die Länder sich darüber einig seien, dass die Charta einmal in das unmittelbar geltende Vertragsrecht eingebaut werden müsse. Samland verwies darauf, dass dafür „auch ein Rechtstext geschaffen werden [müsse], der für den Rechtsanwender handhabbar“ sei. Unsicher sei aber, ob Mitgliedstaaten, deren Vertreter im Konvent bisher starke Zurückhaltung geübt hätten, einer vertraglichen Regelung zustimmen würden. Von Nizza müsse der Impuls ausgehen, dass über eine Verankerung der Grundrechtecharta in das europäische Vertragswerk diskutiert wird. Der Minister rechne jedoch mit solch einer Diskussion erst 2004.

Einfluss auf den Entwurf der Grundrechtecharta kann der Ausschuss nicht mehr nehmen, da die Frist für das Einreichen von Verbesserungsvorschlägen bereits abgelaufen ist. Dennoch fügten die Ausschussmitglieder einige Bemerkungen an. Die Abgeordnete Ilka Keller (CDU) stimmte dem Minister zu, dass eine Rechtssicherheit notwendig sei und die Charta in ein Vertragswerk eingebaut werden müsse, um die Bevölkerung an Europa teilhaben zu lassen. Sie forderte den Minister auf, sich dafür einzusetzen. Ausschussvorsitzende Ute Koczy (GRÜNE) verwies in diesem Rahmen kritisch auf den Sprachgebrauch der Charta, der ihrer Meinung nach vorwiegend durch männliche Bezeichnungen geprägt ist, und bat den Minister, dies bei der dritten Lesung des Entwurfes kritisch anzusprechen. *Betina Psyk*

Die Maßnahmen gegen den niederrheinischen CDU-Bundestagsabgeordneten Ronald Pofalla im Vorfeld der nordrhein-westfälischen Landtagswahl haben am 19. September ein weiteres Mal den Rechtsausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion beschäftigt. Unter dem Vorsitz von Dr. Robert Orth (FDP) nahmen die Abgeordneten im Verlauf einer dreistündigen Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt einen weiteren Bericht von Justizminister Jochen Dieckmann (SPD) mit dem Thema „Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den Bundestagsabgeordneten Ronald Pofalla“ entgegen und diskutierten darüber. In einem persönlichen Gespräch, so Medienberichte, hat Pofalla inzwischen die Entschuldigung des Justizministers angenommen.



In der Sitzung: Ausschussvorsitzender Dr. Robert Orth (FDP, M.) und Justizminister Jochen Dieckmann (SPD, l.). Foto: Schälte

Pofalla: CDU sieht weiter offene Fragen

Wie bekannt, waren auf Antrag der Staatsanwaltschaft Kleve im Mai dieses Jahres nach vorher erfolgter Aufhebung der Immunität des Bundestagsabgeordneten Büro- und Privaträume Pofallas und dessen damaliger Ehefrau im Rahmen eines steuerlichen Ermittlungsverfahrens durchsucht worden. In den Medien wird in diesem Zusammenhang stets angeführt, der Jurist Pofalla sei bei einem eventuellen Wahlsieg der CDU bei der Landtagswahl als Landesjustizminister vorgesehen gewesen. Daraus hatte sich der Vorwurf entwickelt, es gebe im Land NRW eine politische Justiz, die der „Büttelei“ der herrschenden SPD sei — ein Anwurf, den Justizminister Dieckmann schon in der Sitzung des Rechtsausschusses am 23. August (siehe „Landtag intern“ Nummer 13, Seite 11) zu entkräften suchte. Die Entwicklung in der „Affäre Pofalla“ war seitdem fortgeschritten. In der Ausschusssitzung bestätigte Dieckmann Presseveröffentlichungen, er werde dem Landeskabinett für seine heutige Tagung die Entlassung des Düsseldorfer Generalstaatsanwalts vorschlagen, weil das Vertrauen in die Amtsführung des Generalstaatsanwalts nicht mehr gegeben sei. Des Weiteren teilte der Minister mit, der in der Sache Pofalla zuständige Klever Staatsanwalt habe gebeten, sein Verhalten „dienstrechtlich zu überprüfen“. Zudem, so Dieckmann, habe er in dieser Sache mit dem Bundestagsabgeordneten am Tag zuvor ein einstündiges Gespräch geführt.

In seinem Statement machte der Justizminister deutlich, dass er als oberster Dienstherr von Justiz und Staatsanwaltschaft in mehreren Punkten mit der Vorgehensweise der ihm unterstellten Behörden nicht einverstanden sei. So rügte er, es sei übersehen worden, dass die als drohend dargestellte Verjährung dann nicht eintreten kann, wenn etwa ein Bundestagsabgeordneter Ziel eines Ermittlungsverfahrens sei. Der Minister fand es ebenfalls nicht in Ordnung, dass dem Abgeordneten das ihm zustehende rechtliche Gehör nicht im vollen Umfang gewährt worden sei. Des Weiteren sei zu fragen, ob der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit den Durchsuchungen in ausreichendem Maß berücksichtigt worden sei.

Dem Düsseldorfer Generalstaatsanwalt

hielt Dieckmann vor, er habe sich in seinem abschließenden Bericht an den Justizminister auf den Standpunkt gestellt, er, der Generalstaatsanwalt, sehe keinen Anlass, „die Sachbehandlung der Staatsanwaltschaft zu beanstanden. Fehler der Staatsanwaltschaft im Zuge der Ermittlungen habe ich nicht festgestellt.“ Dieckmann dazu vor dem Abgeordneten: „Dies ist nicht haltbar.“ Die ihm vorgelegten Berichte hätten ihm und seinen Mitarbeitern Anlass zu umfassenden und mehrfachen Nachfragen gegeben. Darum habe er — in den letzten Jahren sei das einmalig — sich veranlasst gesehen, „die Vorlage der vollständigen Ermittlungsakte an mein Haus anzuordnen“.

In seiner abschließenden Wertung kam der Minister zu dem Schluss: „Es sind Fehler gemacht worden.“ Soweit denen ein Verschulden von Justizbediensteten des Landes zugrunde liege, „bitte ich die Betroffenen, dies zu entschuldigen“. Er nehme den Vorfall zum Anlass, die Staatsanwaltschaften des Landes auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel verstärkt aufmerksam zu machen. Ferner werde er die Behörden deutlich darauf hinweisen, dass die Staatsanwaltschaften im Ermittlungsverfahren den Beteiligungsrechten jedes Beschuldigten die gebotene Beachtung schenken.

Es blieben in dem Bericht offene Fragen, stellte für die CDU Peter Biesenbach fest. So sei es noch zu klären, wann der Minister von der Angelegenheit erfahren habe und wer im Ministerium damit befasst gewesen sei. Man müsse sich „auf der Zunge zergehen lassen“, fügte er hinzu, dass allein ein Vermögenszuwachs, den sich ein Finanzbeamter nicht erklären könne, für einen Anfangsverdacht und Maßnahmen wie Hausdurchsuchungen ausreiche. Biesenbach: „Das ist absurd und juristisch an keiner Stelle haltbar.“

Für die FDP erinnerte Jan Söffing daran, dass bei einem so schweren Eingriff in die Persönlichkeitsrechte des Betroffenen, wie das eine Durchsuchung darstelle, der auch vom Minister bestätigte Grundsatz der Verhältnismäßigkeit beachtet werden müsse. Der Eingriff müsse „in einem angemessenen Verhältnis zu der Schwere der Straftat und der Stärke des bestehenden Anfangsverdachts stehen“ — eine Auffassung, die

der Minister ausdrücklich teilte (und, wie er sagte, an seine Staatsanwälte und Richter als Erwartung zu formulieren gedenkt). Hans-Willi Körfges (SPD) fand es bedauerlich, dass es nicht möglich sei, den Anlass für die erneuten Ermittlungen gegen Pofalla im Ausschuss anzusprechen (Finanzstaatssekretär Dr. Harald Noack hatte zuvor erklärt, der so genannte andere Komplex, der Anlass dafür gewesen sei, die Steuerakten wieder heranzuziehen, könne aus Gründen des Steuergeheimnisses nicht näher erläutert werden). Ob es möglich sei, darüber im Rahmen eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu diskutieren? „Entschließen Sie sich, einen solchen Ausschuss zu beantragen“, forderte er die CDU auf.

Auch seine Koalitionskollegin von der Fraktion DIE GRÜNEN, Brigitte Herrmann, monierte, dass eine Fraktion, die CDU, einen Informationsvorsprung habe, denn ihr lägen die Akten vor. Entweder sollte die CDU Pofalla auffordern, die Behörden von der Schweigepflicht in Steuersachen zu entbinden, oder sie sollte — hier griff sie die Aufforderung Körfges' auf — einen Untersuchungsausschuss beantragen.

Unfall auf der A 1 mit Folgen

Mit Nachdruck hat Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) die Vorwürfe über Koordinationsmängel beim Unfall eines Gefahrguttransporters am 13. Juni 2000 auf der A 1 am Westhofener Kreuz zurückgewiesen. In einer Kleinen Anfrage hatte die CDU-Abgeordnete Gabriele Kordowski der Einsatzleitung gravierende Fehler bei der Gesamtkoordination, besonders beim Informationsfluss vorgeworfen und die Landesregierung gefragt, was diese konkret zu tun gedenke, um künftig solche gravierenden Fehler bei ähnlichen Unfällen zu vermeiden. Aus Sicht der Landesregierung ist es jedoch während des Einsatzablaufs zu keinen gravierenden Kommunikationsmängeln gekommen. Sämtliche dem Kreis Unna bekannten Informationen seien ohne Zeitverzug weitergeleitet worden, heißt es in der Antwort.

FFH-Gebietsmeldungen

CDU: Auf Konsens bauen – Höhn: Die Fristen müssen gewahrt werden

„Das Verfahren zur Auswahl von Gebieten für eine Tranche 2 im Rahmen der Flora-Fauna-Habitat (FFH)-Richtlinie und der Vogelschutzrichtlinie wird von vielen Betroffenen vor Ort zu Recht als Willkürakt der rot-grünen Landesregierung empfunden und gebrandmarkt“ – mit diesen Worten beginnt der Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 13/133), den der Landtag am 7. September in direkter Abstimmung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN und gegen das Votum von CDU und FDP abgelehnt hat.

Eckhard Uhlenberg (CDU) monierte, seit über drei Jahren habe das Land den Auftrag, diese Richtlinie umzusetzen, seit drei Jahren gebe es jedoch dafür kein geordnetes Verfahren. Die CDU habe Regionalkonferenzen vorgeschlagen, um vor Ort zu einem Konsens der Beteiligten und Betroffenen zu gelangen. Seine Fraktion halte die FFH-Richtlinie für wichtig und richtig, „weil wir ebenfalls zu einer nachhaltigen Entwicklung in Landwirtschaft und Naturschutz beitragen wollen“. Weil die zuständige Ministerin keine Debatte vor der Landtagswahl gebrauchen konnte, sollte die Meldung der Gebiete zu Tranche 2, die für die weitere Infrastruktur in NRW von großer Bedeutung seien, „in sechs Wochen und auch noch während der Sommerpause durchgepeitscht werden“. Die CDU des Landes schlage vor, diese Tranche zu teilen, und zwar in einen ersten Teil, in dem weitgehend Übereinstimmung mit den Betroffenen herrsche (zwei Drittel der Fläche) und in den Teil 2 ohne Übereinstimmung. Dort sollten nicht die Fristen gelten, die die Landesregierung vorgegeben habe.

Irmgard Schmid (SPD) entgegnete, es mache keinem „Vergnügen, dass die Meldung von Gebieten nach der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie an die EU in der zweiten Tranche unter Zeitdruck und unter erschwerten Bedingungen erfolgen muss“. Der Antrag der CDU strotze nur so vor Polemik; wider besseres Wissen würden nicht zutreffende Schuldzuweisungen gemacht. Die Union sollte sich den Spiegel vorhalten: Es seien die Bundesminister Töpfer und Merkel gewesen, die dafür verantwortlich seien, „dass wir erst vor wenigen Jahren mit der praktischen Umsetzung beginnen konnten“. Für ihre Fraktion stellte sie fest: „Das Bestreben der SPD ist wie bei Tranche 1a und 1b ein Konsens mit den Betroffenen.“ Es gebe ein transparentes Verfahren, aber natürlich auch Fristvorgaben. Der Konsens sei weiter gediehen, als die CDU glauben machen wolle. Am 31. März 2001 sei nach dem Willen der Europäischen Kommission „endlich Schluss“. Zum Schluss dankte sie allen Beteiligten für die große Kraftanstrengung, die sie im Moment leisteten, um innerhalb der vorgegebenen Fristen Einvernehmen zu erzielen.

Felix Becker (FDP) urteilte: „Die Intention dieses Antrags stimmt, und deshalb stimmen wir ihm zu.“ Was Schuldzuweisungen an die alte Bundesregierung angehe, so sei festzuhalten, dass die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes „am Widerstand des damals von Rot dominierten Bundesrats scheiterte, weil die SPD und auch GRÜNE unter Missachtung grundgesetzlicher Eigentumsrechte den Eigentümern Schutzgebietsausweisungen ohne Entschädigung auferlegen wollten“. Hinter dem Thema FFH stünden nicht nur Verbände, sondern auch Menschen, „die vor allem als Land- und Forstwirte durch ihr Wirken erst ermöglichen, dass schutzwürdige Substanz vorhanden ist“.

Reiner Priggen (GRÜNE) schloss: „Wir müssen bis Ende des Jahres mit der Meldung fertig werden. Ich gehe davon aus, dass das Umweltministerium und das Kabinett das auch machen.“ Es gebe nur eine

Lösung; das Verfahren bei den strittigen Flächen abzuwickeln und „ähnlich wie bei bestimmten Gebieten, in denen Vertragsregelungen getroffen worden sind, diese jetzt auch möglichst schnell für die anderen Gebiete zu treffen“. Zu lamentieren helfe nicht weiter, „sonst nimmt uns tatsächlich die EU-Kommission finanziell in die Mangel“. Das Wort von der Öko-Gesinnungs-Bürokratie wies er zurück, es gehe schließlich darum, „unseren Kindern und Kindeskindern noch Naturräume zu erhalten“.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) stellte klar, Ende März müssten die Gebiete in Brüssel gemeldet sein. Ende des Jahres an die Bundesregierung, im November müsse die Sache durchs Landeskabinett gehen. Wenn die Meldung an die EU nicht erfolge, dann würden nach Mitteilung der Kommission die Programme nicht genehmigt. An den CDU-Sprecher gewandt, fuhr sie fort: „Sie setzen hier nicht nur 2,8 Milliarden DM für das ganze Land, sondern auch 600 Millionen für die ländlichen Regionen aufs Spiel.“

Ursula Bolte (SPD) schloss aus der Diktion des Antrags, dass es der CDU damit nicht wirklich Ernst sei. Sie könnte einen wirklichen Beitrag leisten, wenn die Union die Fundamentalopposition vor Ort aufgäbe; die verleite einige Kreise und Gemeinden dazu, jedwede Meldung zu verweigern. NRW sei das einzige Land, das Entschädigungen anbiete und die Mittel für den Vertragsnaturschutz deutlich erhöht habe.

Holger Ellerbrock (FDP) schlug vor, um bei den Menschen den Verdacht zu zerstreuen, der ländliche Raum solle ein „Ökomuseum“ werden, sollten in die Gebietsmeldungen nach der Richtlinie auch die Entwicklungsziele eingeführt werden, wie sich eine solche Landschaft entwickeln könne. Damit würde dem berechtigten Vorwurf begegnet, „dass die FFH-Umsetzung in Nordrhein-Westfalen ein grün-ideologisch begründetes Verhinderungs- und Verzögerungsinstrument ist“.

Hundeverordnung – Spaltung der Gesellschaft?

„Landesregierung spaltet Gesellschaft – Landeshundeverordnung muss umgehend überarbeitet werden“ – unter dieser Überschrift hat die CDU-Fraktion einen Antrag an den Landtag gerichtet (Drs. 13/134 neu), den das Plenum am 7. September in direkter Abstimmung abgelehnt hat.

Eckhard Uhlenberg (CDU) meinte, mit der Landeshundeverordnung (LHV) habe es die Landesregierung in kurzer Zeit geschafft, „die Gesellschaft in Hundehalter und Hundehasser zu spalten“. Mit ihrem Antrag sei die CDU die erste Fraktion im Landtag, die einen konkreten, zielgerichteten Alternativvorschlag zur missratenen LHV vorlege, betonte Uhlenberg und führte aus, es gehe vor allem um die Streichung der „exzessiven“ Hunderasseliste 2, ihr Vollzug müsse sofort ausgesetzt werden. Die Geldbußen bei Verstößen gehörten drastisch heraufgesetzt. Da, wie bei den Rasselisten, sollte man im Lande dem bayerischen Vorbild folgen. Bei

den Sachkundeprüfungen sei auf mehr Sachverstand zu setzen als bloß den der Tierärzte und der Tierärztekammer, die „tatsächlichen“ Experten müssten beteiligt werden. Die angekündigten Ausführungsbestimmungen machten den Vollzug der LHV nur noch komplizierter, sagte Uhlenberg voraus.

Irmgard Schmid (SPD) lehnte es ab, zur alten Regelung zurückzukehren, die den Ordnungsbehörden den Nachweis auferlegte, dass von einem konkreten Hunde eine Gefährdung ausgeht: „Gerade dieses hat sich aber in den vergangenen Jahren als nicht praktikabel erwiesen.“ Der Schutz des Menschen vor gefährlichen Hunden müsse präventiv geleistet werden. Ihre Fraktion begrüße die Bestrebungen zu einer Vereinheitlichung der unterschiedlichen Länderregelungen; bis dahin könne aber das Land nicht auf eine eigene Regelung verzichten, stellte sie klar. Der CDU gehe es vor allem um kurzfristige Effekthascherei.

Dr. Stefan Grüll (FDP) legte dar, seine Fraktion sage klar Nein zu einer Nachbesserung der Verordnung. „sie ist so untauglich, dass sie nur außer Kraft gesetzt werden kann“. Sie halte auch nichts von Rasselisten. Im Mittelpunkt müsse die Betrachtung des individuell gefährlichen Tieres stehen. Der Hinweis auf Bayern verfange nicht, dort gebe es angesichts der getroffenen Regelungen nur „Scheinsicherheit“. Im Übrigen gebe es zum Ziel eines anzustrebenden Heimtierzuchtgesetzes des Bundes keine Alternative.

Reiner Priggen (GRÜNE) bezeichnete die Behauptung von der Spaltung der Gesellschaft als „absurd“. Nach der alten Gefährdungsvorschrift von 1994 musste ein Hund erst zugebissen haben, bevor er als gefährlich erklärt wurde. Dass mit der neuen LHV eine Beweislastumkehr einhergehe, sei ein vernünftiger Ansatz. Er, Priggen, habe in der Debatte bisher keinen vernünftigen Alternativvorschlag zu den Rasselisten gehört.

(Fortsetzung Seite 13)



Dass der Nachtragshaushalt und insbesondere die hohe Rücklage im Sinne von Vorsorge notwendig seien, darüber waren sich die Haushaltspolitikerinnen und -politiker einig, v. l. Finanzminister Peer Steinbrück (SPD), Helmut Diegel (CDU), Ernst-Martin Walsken (SPD), Angela Freimuth (FDP), Edith Müller (GRÜNE). Fotos: Schälte

Nachtragshaushalt 2000 mit Rücklage von 2,3 Milliarden Mark und 430 Millionen Mark mehr für die Kommunen

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) erläuterte, durch die Steuerreform habe NRW im nächsten Jahr mit Mindereinnahmen in Höhe von 5,2 Milliarden Mark zu rechnen. Die Rücklage speise sich aus einem Haushaltsüberschuss 1999, Steuerermehreinnahmen in 2000, Minderausgaben im Länderfinanzausgleich und einer in diesem Jahr zu erwirtschaftenden globalen Minderausgabe. Darüber hinaus regelte der Nachtragshaushalt die Mehrbelastung durch geänderte Bundesgesetze beim Unterhaltsvorschuss und beim Wohngeld und den Wegfall des vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärten Lizenzentgelts nach dem Landesabfallgesetz. Ferner würden Koalitionsvereinbarungen umgesetzt und drei neue Stiftungen etabliert: Kunst und Kultur, Sportstiftung NRW und die Stiftung Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Im Saldo stiege das Haushaltsvolumen um 1,3 Milliarden Mark. Die Nettokreditermächtigung steige auf 6,9 Milliarden Mark. Zum 1. 1. 2001 sollten die medizinischen Einrichtungen der

Drei Stiftungen

Hochschulen in Anstalten des öffentlichen Rechts umgebildet werden. Auch dafür müssten die Haushaltsvoraussetzungen geschaffen werden. Steinbrück wunderte sich über den CDU-Fraktionsvorsitzenden, der gleichzeitig Personal im Schulbereich aufstocken und die hohen Personalausgaben senken wolle. Auch das FDP-Sonderprogramm von drei Milliarden halte einer Prüfung nicht stand, da es erhebliche dauerhafte Personalausgaben mit Versorgungsansprüchen enthalte. An die Abgeordneten wandte sich der Minister mit der Bitte, bei den geringeren Spielräumen Prioritäten zu setzen.

Helmut Diegel (CDU) antwortete, bei der Rücklage von 5,5 Milliarden Mark für Steuerausfälle handele es sich um eine Bruttoszah, tatsächlich seien es 400 Millionen Mark weniger. Auch rechneten Steuerschätzer mit einem Zuwachs von 2,1 Milliarden Mark im nächsten Jahr, sodass nur eine

Der Landtag überwies den Nachtragshaushalt 2000 (Drs. 13/150) nach der Debatte am 7. September an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) und die Fachausschüsse. Finanzminister Peer Steinbrück hatte den Nachtragshaushalt mit einem Volumen von 2,3 Milliarden Mark als Gesetzentwurf der Landesregierung eingebracht und mit der Notwendigkeit einer Rücklage für den Haushalt 2001 begründet.

Rücklage von drei Milliarden notwendig sei, wovon die Kommunen eine Milliarde zu tragen hätten. Jetzt räche sich die hemmungslose Verschuldungspolitik der NRW-Landesregierung. Der Nachtragshaushalt sei kein Akt solider Vorsorge, sondern eine Notoperation, um den Kollaps des Haushalts zu verhindern. Die Methode des Ministers sei neu und verwundere die Opposition, da Steuerüberschüsse sonst dazu dienten, die Kreditermächtigung nicht auszuschöpfen. Ungewöhnlich sei auch, Mehreinnahmen aus Überschüssen von 1999 zu verbuchen. Für die CDU sei klar, dass Mehreinnahmen von 1,6 Milliarden Mark zur Entschuldung oder für sinnvolle Investitionen einzusetzen seien. Im Lande fehlten rund 2700 Kindergartenplätze und zigtausend Lehrer. Der Finanzminister hätte sich nicht ärmer rechnen dürfen. Die drei neuen Stiftungen seien dem Einfluss des Parlaments entzogen. Das sei nicht gut. Vielleicht sollten auch Pöstchen geschaffen werden. Die CDU mahne im Übrigen ausdrücklich an, all die Verschiebungen von Personal und Zuständigkeiten darzustellen. Diegel kritisierte Mehrausgaben für die Staatskanzlei und Kürzungen bei Haushaltsansätzen für Haftplätze und regionale Wirtschaftsförderung. Er warf dem Minister ferner vor, auf Bundesebene den hohen Lasten der Länder zugestimmt zu haben.

„Nicht ärmer rechnen“

Ernst-Martin Walsken (SPD) meinte, der Logik des Nachtrags könne man sich nicht entziehen, der CDU-Redner habe abenteuerliche Zusammenhänge hergestellt. Die positiven Signale des neuen Liegenschaftsmanagements schlugen sich nicht in einem Haushaltsjahr nieder, sondern erst in Jahren. Es gehe zunächst um Personalabbau.

Wer für die Steuerreform sei, müsse Verluste der öffentlichen Haushalte in Kauf nehmen. Die Höchstgrenze für die Schuldenaufnahme sei verfassungsrechtlich an die Höhe der Investitionen gekoppelt. Nach der mittelfristigen Finanzplanung von Kohl und Waigel seien Mindereinnahmen von zehn Milliarden Mark pro Jahr zu verzeichnen gewesen. NRW habe also mehr Schulden machen müssen. Der Nachtrag schaffe Vorsorge für 2001, worüber er froh und dankbar sei. Für die Stiftungen machten sich die Einnahmen aus der Oddset-Wette bemerkbar. Auch die übrigen Lottereeinnahmen entwickelten sich nach oben. Bei Investitionen in neue Haftplätze ändere sich nur die Veranschlagung im Haushaltsplan. In den letzten fünf Jahren sei Personal abgebaut, aber in gleichem Umfang auch aufgebaut worden, einstimmig beschlossen im Landtag in den Bereichen Polizei, Justizvollzug, Finanzverwaltung und Schule.

Bundesrats-Opportunismus

Angela Freimuth (FDP) bemerkte, den konjunkturellen Aufschwung durch Entlastung der Bürger und Unternehmen hätten wir schon viel früher haben können. Für die FDP sei die Steuerreform nicht das Ende der Fahnenstange. Das Steuersystem sei nicht einfach genug, die Belastung noch zu hoch. Die Erhöhung der Rücklage um 40 Prozent sei vorausschauend, aber sie sei neugierig, woher die übrigen 60 Prozent noch kommen sollten. Erhebliche Zuschüsse an SPD-Länder auf dem bundesratsopportunistischen Altar zu opfern, sei nicht ihr Verständnis. Was in NRW erwirtschaftet werde, dürfe nicht zur Mitfinanzierung von Hafentouristik und Kindergärten im Saarland abgeschöpft werden. Die Rednerin lobte den Haushaltsansatz für Polizei-Schutz-

westen und die Aufstockung des Kapitals für die Stiftung Kunst und Kultur, wobei diese hoffentlich keine „Klappe“ für verstoßene Minister werde. Frau Brusis solle dafür sorgen, dass das Geld nicht in Bürokratie und Werbegeschenke versickere. Im Übrigen begrüße die FDP jede Reduzierung des öffentlichen Förderwahns und erwarte ein schlüssiges Konzept.

Edith Müller (GRÜNE) sagte, angesichts von 150 Milliarden Mark Schulden, neun Prozent des Haushaltsvolumens für Zinsen und einer Personalquote von 40 Prozent führe an striktem Sparkurs kein Weg vorbei. Das Parlament solle, wie sie von Haushaltsberatungen im Europäischen Parlament wisse, Entscheidungsspielräume nutzen und Dinge in Angriff nehmen, die für das Land bedeutend seien. Im Beamtenrecht müssten strukturelle Veränderungen vorgenommen werden. Der Problemdruck explodierender Pensionszahlungen dürfe nicht noch größer werden. Ein besonderes Ärgernis seien die hohen Verpflichtungsermäch-

Striktes Sparen

tigungen. Sie seien im nichtinvestiven Bereich nicht notwendig. Mit den zusätzlichen 431 Millionen Mark sollten die Gemeinden vor allem Schulden tilgen. Für jeden Einwohner zahle das Land noch in diesem Jahr „eine Mark gegen Rechts“, was interkulturelle Projekte gegen fremdenfeindliches Denken ermöglichen solle. Für die GRÜNEN seien auch die zehn Millionen Mark für die Stiftung „Umwelt und nachhaltige Entwicklung“ wichtig. Durch das Instrument der Stiftungen solle privates Kapital akquiriert werden.

Minister Peer Steinbrück (SPD) warf dem CDU-Redner krumme Argumente und den von der CDU für verkräftbar gehaltenen Spitzensteuersatz von 35 Prozent vor. Ferner habe er die Haushaltslage „schön geschwindelt“. Im Kabinett würden nur noch

eine bis 1,3 Milliarden Mark für disponibel gehalten. Im Länderfinanzausgleich erwarte NRW, deutlich besser gestellt zu werden als bisher. Die Gemengelage solle möglichst einvernehmlich geklärt werden.

Kommunalfinzenzen

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) erläuterte, vom Nachtrag zum Gemeindefinanzierungsgesetz und von den Entlastungen sollten die Gemeinden noch dieses Jahr profitieren können. Die Landesregierung schlage vor, die 430 Millionen je zur Hälfte auf die Schlüsselzuweisungen und die Investitionspauschale aufzuteilen. Die zusätzlichen Mittel stünden den Gemeinden zur freien Verfügung, was den hohen Stellenwert der kommunalen Selbstverwaltung zeige. Auch für die Kommunen werde das Jahr 2001 schwierig, sie könnten nun Vorsorge treffen.

Franz-Josef Britz (CDU) monierte Meldungen, in denen von einem Geldsegen für die Kommunen und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung die Rede gewesen sei. Vielmehr erhielten die Gemeinden, was ihnen zustehe. Das sei akzeptabel. Nicht hinnehmbar sei, die Gemeindefinzenzen als Manipuliermasse zu benutzen durch Kürzungen und Befrachtungen wie mit 325 Millionen Mark für die Unterbringung ausländischer Flüchtlinge und Asylbewerber. Die Appelle zum Sparen wären glaubwürdiger ohne diese Vergangenheit und ohne strangulierende neue Vorschriften. Das Land dürfe die Kommunen nicht als Spardose für den eigenen Haushalt benutzen.

Heinz Wirtz (SPD) freute sich für die Kommunen über die frohe Botschaft des Nachtrags und stimmte auch der Aufteilung 50 : 50 auf Schlüsselzuweisungen und Investitionspauschale zu. NRW sei stolz auf seine Kommunen und unterstütze ihre Arbeit.

Schon jetzt gebe es beachtenswerte Aktionen gegen Rechtsextremismus. Das Sonderprogramm mit 18 Millionen Mark könne umgehend anlaufen. Diese wichtige Maßnahme gegen Hass, Intoleranz und Gewalt werde von allen Fraktionen getragen.

Dr. Ingo Wolf (FDP) stimmte dem Zwang zur Vorsorge zu. Dass die unterschiedliche Finanzentwicklung der Kommunen überprüft werde, wie in Koalitionsvereinbarung und Regierungserklärung gesagt, mache mehr als misstrauisch. Wenn im Land mehr gespart worden wäre, wäre auch mehr Geld für die Kommunen da. Nur wenn von der Aufgabenerfüllung durch öffentliche Bedienstete abgegangen werde, könne der Staat abspecken.

Entlastung 2000

Ewald Groth (GRÜNE) sah bei den Mitteln gegen Fremdenfeindlichkeit eine Verknüpfung mit der Lokale-Agenda-Arbeit als möglich an. Im Übrigen werde der 23-Prozent-Verbandsatz jedes Jahr neu beschlossen, das sei nicht zwangsläufig oder verbürgtes Recht. Mit über 90 Prozent allgemeiner Mittel sei NRW kommunalfreundliche „Spitze“.

NRW-Wahlrecht

Im Zusammenhang mit der Landtagswahl vom 14. Mai 2000 erreichten den Petitionsausschuss mehrere Eingaben zum Landeswahlrecht. Außerdem liegt dem Landtag eine Verfassungsbeschwerde der Unabhängigen Bürger NRW gegen die Fünfprozentsperrklausel bei Landtagswahlen und wegen fehlender Möglichkeit, eine Zweitstimme abzugeben, vor.

Mit dem „Ein-Stimmen-System“ befasste sich eine Eingabe aus Grevenbroich. Der Jungwähler meinte, bei seiner ersten Landtagswahl sei er gezwungen gewesen, Kandidaten zu wählen, mit denen er sich nicht identifizieren könne. Er wolle nicht nach Parteizugehörigkeit, sondern nach „Sympathie, Leistung, Überzeugung und Einsatzwillen“ wählen. Als Wahlhelfer habe er solche Einwände auch von zahlreichen anderen Bürgern vernommen. Das vom Petitionsausschuss um Stellungnahme gebetene Innenministerium wies den Landesgesetzgeber darauf hin, dass dieser bei der Ausgestaltung des Wahlrechts erheblichen Spielraum habe und sich auch für ein Wahlsystem mit zwei Stimmen entscheiden könne.

Die Feministischen Partei-DIE FRAUEN aus Neuss wandte sich in einer Eingabe an den Petitionsausschuss dagegen, dass Kreiswahlvorschläge von nicht im Landtag vertretenen Parteien von mindestens 100 Wahlberechtigten persönlich und handschriftlich unterzeichnet sein müssten, auch wenn diese Partei eine Landesreserveliste eingereicht habe, für die 1000 Unterschriften genügen. Sie fügte ein elfseitiges juristisches Gutachten bei, in dem Änderungen oder alternativ die Einführung der Zweitstimme vorgeschlagen wird.



Ob sie wohl „ihren“ Abgeordneten oder „ihre“ Abgeordnete im Plenum entdeckt haben? Der Besuch des Landesparlaments gehört für viele Schulklassen aus NRW zum Sozialkunde-Unterricht. Ob die Tagesordnung und die Plenardebatten immer verstanden werden, steht auf einem anderen Blatt.

Foto: Schälte

Landtag lehnt Antrag der FDP zur Beendigung der EU-Sanktionen gegen Österreich mit Mehrheit ab

Der Landtag hat mit den Stimmen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der FDP den Antrag „Verhältnis EU – Österreich normalisieren“ der FDP-Fraktion abgelehnt. In diesem Antrag forderte die FDP die Normalisierung der Beziehungen zwischen der EU und Österreich sowie eine Beendigung der Sanktionen (Drs. 13/105).

Dietmar Brockes (FDP) forderte anstelle von Sanktionen Diskussionen. Gerade mit den Sanktionen würde das Feuer der Fremdenfeindlichkeit geschürt. Europa sei im Rechtsdruck. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen europäischen Ländern gäbe es rechtsextremistische Parteien. „Diesbezüglich negative Strömungen müssen durch Prävention zurückgehalten werden“, nicht durch Sanktionen. Der Graben zwischen den einzelnen Völkergemeinschaften würde so immer breiter und tiefer. „Was fühlen junge Leute, wenn sie öffentlich im Schülerparlament in Straßburg beschimpft werden?“, fragte er. Für ihn komme daher nur eine völlige Aufhebung der Sanktionen infrage.

Gabriele Sikora (SPD) kritisierte den Antrag der FDP scharf. Es sei ein Fakt, „dass der jetzige heimliche Vorsitzende der FPÖ und namhafte Mitglieder seiner Partei immer wieder durch rechtspopulistische und

rechtsradikale Äußerungen aufgefallen“ seien. Sie haben sich als Demokraten disqualifiziert. Sikora verwies darauf, dass das symbolische Signal der 14 EU-Länder sich nicht gegen die österreichische Regierung und nicht gegen die österreichische Bevölkerung richte. Wenn aber jemand, wie der FPÖ-Vorsitzende, über Jahre nationalistisches Gedankengut, Ideen und Symbole gebraucht und gut hieße, dann müsse Skepsis bestehen.

Ilka Keller (CDU) unterstützte die FDP, indem sie sagte, die Sanktionen, die aufgedrungen worden seien, entsprächen nicht dem Geist und dem Inhalt der europäischen Verträge und hätten der vertrauensvollen Zusammenarbeit innerhalb der EU erheblichen Schaden zugefügt. „Der Vorgang, den wir derzeit erleben, ist beispiellos.“ Die demokratische Selbstbestimmung sei sträflich missachtet worden. Sie ermahnte, dass man gerade in Deutschland nicht mit dem Zeigefinger auf andere zeigen sollte. „Statt Österreich zu ächten, müssten wir alle unsere Kräfte bündeln und uns auf eine gut vorbereitete rasche Erweiterung der EU im nationalen Interesse Deutschlands konzentrieren.“

Ute Koczy (GRÜNE) bezeichnete die Argumente des Antrages als fadenscheinig, problematisch und höchst blauäugig. „Hai-

der ist einer, der die Nazi-Vergangenheit relativiert.“ Die Union habe nun gezeigt, dass sie nicht nur ein Papiertiger sei, sondern dass sie auch Zähne zeigen könne, wenn sich alle Mitgliedstaaten einig seien. Die Sanktionen gegenüber der Regierungsbildung in Österreich ändere nichts an der Verbundenheit mit dem Land und den Menschen. Koczy stimmte der FDP zu, dass Rassismus in allen Staaten Europas zu finden sei, aber dies sollte nicht dazu führen, diesen jemals zu akzeptieren.

Detlev Samland (SPD), Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, stellte klar, dass der an die Landesregierung gerichtete Antrag der FDP nicht Gegenstand der Tätigkeit der Landesregierung sei, und kritisierte, wie Ursache und Wirkung vom Sprecher der FDP verdreht worden seien. Die Sanktionen seien bilaterale Konsequenzen seitens der jeweiligen Mitgliedstaaten und keine Maßnahmen der Europäischen Kommission. Den Vorwurf der FDP an die Landesregierung, sie habe den Jugendaustausch oder einen Austausch zwischen Schulen oder einen Austausch zwischen Partnerstädten begrenzt, wies Samland vehement zurück. Man sei vielmehr hoch daran interessiert, dass diese Kooperation genauso wie bisher weiterginge. Samland betonte, „dass es wichtig und richtig ist, sich darüber Gedanken zu machen, wie die internationale Kooperation organisiert werden kann und wie die Landesregierung sich gerade im Prozess der Erweiterung der Europäischen Union einbringen kann“. Zu einer Entscheidung, wie man mit diesen Sanktionen weiter verfahren werde, werde es auf der Basis des Berichts der Weisenkommission kommen.



Blick auf die vier in der 13. Legislaturperiode im Landtag vertretenen Fraktionen von SPD, CDU, FDP und GRÜNEN mit ihren Fraktionsspitzen im Vordergrund (v. l.).

Fotos: Schälte

Fraktionen sprachen sich für mehr Humanität in Flüchtlingspolitik aus

Traumatisierte Flüchtlinge aus Bosnien und dem Kosovo sollen länger bleiben können

Dem Antrag „Humanitäre Grundsätze in der Flüchtlingspolitik beachten“ der Fraktionen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmte der Landtag am 7. September nach intensiver Beratung einstimmig zu (Drs. 13/135).

Frank Baranowski (SPD) stellte heraus, dass die Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo in ihrer Not Hilfe erhalten hätten. Diese Hilfsbereitschaft sei jedoch kein Automatismus. Es gelte der Grundsatz, „dass bei Wegfall des Fluchtgrundes eine Rückkehr in die Heimat erwartet werden kann“. Jedoch insbesondere alleinstehenden, alten und traumatisierten und behinderten Menschen sowie ethnische Minderheiten müsste ein längerfristiger Aufenthalt ermöglicht werden. Baranowski betonte besonders, dass schwer traumatisierten Flüchtlingen die Möglichkeit gegeben werden sollte, länger bleiben zu können, um eine gründliche medizinische und psychotherapeutische Behandlung zu ermöglichen.

Monika Düker (GRÜNE) sagte, Bosnien-Herzegowina sei immer noch ein Land, das von Krieg und dem Genozid schwer gezeichnet sei. Dennoch seien die meisten Flüchtlinge zurückgekehrt. Es sei aber „dringend an der Zeit, dass wir nicht weiter über knappe Duldungen und Fristverlängerungen reden; wir brauchen viel-

mehr in NRW die Möglichkeit, im Einzelfall dauerhafte Bleiberechte auszusprechen.“ Deutschland tue sich schwer mit dem Schritt, für diese Menschen Bleiberechtsregelungen zu wagen. Sie frage sich warum. „Wir sollten humanitär mit denjenigen umgehen, die die Kriege auf dem Balkan am schlimmsten und am dauerhaftesten getroffen haben.“

Willi Zylajew (CDU) verwies auf die „großartige Leistung des deutschen Volkes“. Die Flüchtlinge hätten in der Bundesrepublik Deutschland viel an Unterstützung erfahren. Bereits von den meisten Ausländerbehörden würden die besonderen Probleme der Flüchtlinge beachtet. Es sei nun wichtig, den Flüchtlingen auch zu einer Rechtssicherheit zu verhelfen. Er sprach sich daher für eine klare Regelung aus. Für Behinderte, Kranke, Mütter mit Kleinkindern und andere Personengruppen mit besonderen Problemen sollte ein dauerhaftes Bleiberecht gewährt werden.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) fand es richtig, dass ethnische Minderheiten grundsätzlich

nicht abgeschoben würden. Jedoch sehe die Wirklichkeit anders aus. Auch diese Flüchtlinge würden seit dem Frühjahr dieses Jahres ohne Berücksichtigung der Freiwilligkeit aufgefordert auszureisen. In manchen Ausländerbehörden werde „eine rigore und die Menschenrechte verletzende Praxis“ betrieben. „Es wird gedroht, genötigt und Angst erzeugt.“ Während im internationalen Vergleich viele Länder den noch verbliebenen bosnischen Flüchtlingen ein Bleiberecht gewährten, tue nur Deutschland das nicht.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) sagte, die Landesregierung sei sich sehr wohl bewusst, dass bestimmte Flüchtlingsgruppen unseres besonderen Schutzes bedürften. Er verwies aber darauf, dass nach Auffassung der ständigen Konferenz der Innenminister und Senatoren der Länder Bürgerkriegsflüchtlinge, wenn „Not am Mann“ sei, auf Zeit im Bundesgebiet Zuflucht fänden, aber in ihre Heimat zurückkehren müssten, sobald die Lage vor Ort das zuließe. Alle Hilfestellungen könnten nicht zu einem Daueraufenthaltsrecht führen. „Das war auch nicht die Grundlage für unsere Hilfe in aktueller Not.“ Bei der Rückkehr bosnischer Flüchtlinge sei stets einer freiwilligen Rückkehr der Vorrang eingeräumt worden. Abschiebungen seien immer das letzte Mittel gewesen. „Nordrhein-Westfalen und gerade die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen muss sich einen Mangel an Humanität in der Flüchtlingspolitik nicht vorwerfen lassen.“ Behrens betrachtete den Antrag als Unterstützung der bisherigen und der künftigen Politik der Landesregierung.

Bilder aus dem Landtag: Das persönliche Gespräch am Rande



Ministerpräsident Wolfgang Clement und die Parlamentarische Geschäftsführerin Carina Gödecke. Links im Hintergrund Vera Dedanwala (alle SPD).



Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport, Dr. Michael Vesper (GRÜNE) und Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD, v.l.).



Die CDU-Abgeordneten Heinrich Kruse, Sprecher der CDU im Landtagspräsidium, und Wolfgang Dietrich (v.l.).



Die FDP-Abgeordneten Ralf Witzel und Joachim Schultz-Tornau, Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung (v.l.).
Fotos: Schäfte

Sanierung von Plätzen in Alten- und Pflegeheimen

Im Jahre 1999 seien in Nordrhein-Westfalen 3556 stationäre Plätze gefördert worden. Die Anzahl der sanierten oder modernisierten Plätze darunter habe 3026 betragen. Nehme man die Zahlen der Förderung in den Jahren 1996 bis 1998 aus dem Bericht der Landesregierung hinzu, so seien im Gesamtzeitraum 13 852 stationäre Plätze gefördert und davon rund 48 Prozent saniert und modernisiert worden. Das teilt Arbeits- und Sozialminister Harald Schartau (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Angelika Gemkow zum Modernisierungs- und Sanierungsstau in stationären Alten- und Pflegeeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen mit. Der Minister verweist auf Angaben des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, wonach von 158 in den Jahren von 1996 bis 1999 beantragten Maßnahmen zur Modernisierung und Sanierung bestehender stationärer Einrichtungen im gleichen 47 Anträge und damit 33,6 Prozent bewilligt worden seien. Dem Landschaftsverband Rheinland lägen 145 unerledigt Anträge auf Förderung von insgesamt 10 883 Plätzen vor. Darunter befänden sich 7 477 Plätze oder 68,7 Prozent, die der Modernisierung und Sanierung bedürften. Das gesamte Fördervolumen für diese Anträge werde seitens des Landschaftsverbandes Rheinland auf 750 Millionen Mark beziffert. Den beiden Landschaftsverbänden lägen ferner Anträge auf Errichtung von zusätzlichen 5 951 neuen stationären Pflegeplätzen vor. Schartau schließt, die Landesregierung gehe davon aus, dass die Landschaftsverbände 2001 mindestens die Haushaltsmittel im bisherigen Umfang von 210 Millionen Mark zur Verfügung stellten (Drs.13/148).



Aufbauhilfe für Rechnungsprüfer aus Vietnam

Eine Delegation des Staatsrechnungshofes von Vietnam unter der Leitung des Vorsitzenden des Haushalts- und Wirtschaftsausschusses der Nationalversammlung von Vietnam, Dr. Ly Tai Luan (4. v. r.), sowie des Präsidenten des Staatsrechnungshofes, Do Binh Duong (2. v. r.), hat den Landtag besucht und ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (3. v. l.) begrüßt worden. Der Präsident hieß auch den nordrhein-westfälischen Landesrechnungshof mit seiner Präsidentin Ute Schölle (M.) sowie den Vorsitzenden des Haushaltskontrollausschusses, Rolf See! (CDU, 4. v. l.), willkommen. Er wies darauf hin, dass es zwischen beiden Rechnungshöfen seit zwei Jahren einen intensiven Kontakt gebe. Der Besuch aus Vietnam stehe auch im Zusammenhang mit einem Pilotprojekt. In den kommenden Wochen würden Prüfungspraktikanten und erfahrene Prüfer des vietnamesischen Staatsrechnungshofes an einem Prüfungsverfahren des Landesrechnungshofes NRW in Düsseldorf teilnehmen. Bisher hätten bereits vom nordrhein-westfälischen Landesrechnungshof gestattete Workshops am Rhein und in Hanoi stattgefunden. Ulrich Schmidt unterstrich ferner das Engagement des Bundesrechnungshofes, der Volksrepublik Vietnam beim Aufbau einer leistungsfähigen Verwaltung Rat und Hilfeleistung zukommen zu lassen und „wie ernst es uns ist, die bestehenden hoffnungsvollen Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Vietnam auszubauen“.

Foto: Schütte

Hundeverordnung ...

(Fortsetzung von Seite 8)

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) machte darauf aufmerksam, wenn, wie von der CDU gewünscht, die Anlage 2 aus der LHV herausgenommen würde, dann unterlägen Rottweiler außer einer Leine in bebauten Gebieten keinerlei Auflagen mehr. Die monierte Strafhöhe sei von der Regierung nur deswegen in die Verordnung hineingeschrieben worden, weil die Gesetzeslage derzeit nicht mehr hergebe. Es werde keine Änderung an dem geben, das die Landesregierung gemacht habe: Eine Verordnung erlassen, „die dem Tierschutz gerecht wird und die die Menschen in diesem Lande schützt“.

Dr. Georg Scholz (SPD) warb um Unterstützung bei dem Bemühen, prophylaktisch zu handeln. Die Opposition sollte die Diskussion mäßigen und auf Argumente eingehen, „dann würde keine große Kluft entstehen, und wir könnten Brücken schlagen“.

Eckhard Uhlenberg (CDU) entgegnete der Ministerin, wenn sie den Rottweiler thematisiere, dann hätte sie auch ein paar Ausführungen zum Schäferhund machen sollen.

Abfallverbringung

Ohne Debatte hat der nordrhein-westfälische Landtag am 6. September 2000 auf Antrag der Landesregierung dem Staats-

vertrag über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung der Länder nach Paragraph 6, Absatz 1, Satz 7 des Abfallverbringungsgesetzes gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung zugestimmt.



Der neue japanische Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, Kenji Tanaka (l.) hat seinen Antrittsbesuch im Landtag abgestattet. Er ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) empfangen worden. Foto: Leuschner

Migrationenpolitik:

Akzeptanz und Integration als Schlüsselworte

Die Integrationspolitik der Landesregierung stand im Mittelpunkt der Sitzung des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten unter Leitung der Vorsitzenden Britta Altenkamp-Nowicki (SPD) am 14. September. Ein weiteres Thema war der noch zum Ende der vorigen Legislaturperiode vorgelegte Zweite Zuwanderungsbericht der Landesregierung (Drs. 12/3323 – der Ausschussdiskussion lag eine aktualisierte Fassung zugrunde –) sowie mit der Studie „Junge Aussiedler zwischen Assimilation und Marginalität“ (Vorlage 12/3320).

Der Minister für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie, Harald Schartau (SPD) stellte klar voran, es gehe nicht um Ausländerpolitik, um Aussiedlerpolitik und auch nicht allein um Zuwanderungspolitik, sondern vor allem um Integrationspolitik. Dieser Politikbereich betreffe die gesamte Gesellschaft und habe Auswirkungen auf nahezu alle politischen Felder. Darum begrüße er sehr, dass der Landtag von Nordrhein-Westfalen als einziges Landesparlament einen Migrationsausschuss eingerichtet hat, der sich mit Problemlagen und Perspektiven von Spätaussiedlern und mit denen von Ausländern beschäftigt.

Integration als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe mache Anstrengungen aller erforderlich. Der neue Zuschnitt seines Ministeriums berge für die Verbesserung der Situation der Zugewanderten viele Möglichkeiten, zumal er als Minister auch für den Bereich der Qualifikation Verantwortung trage: So könnten die Instrumente der Ausbildungs- und Weiterbildungspolitik noch enger mit denen der Arbeitsmarkt- und der Integrationspolitik verzahnt werden. Während in der Vergangenheit geglaubt wurde, mit zunehmender Aufenthaltsdauer der Zuwandererfamilien könnten die Integrationsprobleme nach und nach überwunden werden, sei heute festzustellen, dass es bei allen sichtbaren Integrationserfolgen immer noch an vielen Stellen hake.

Der Minister fuhr fort, er werde sich dafür einsetzen, dass das in großer Zahl vorhandene Angebot von Sprachkursen früher und zielgenauer an Neuzuwandernde herangebracht wird. In Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden und den Kommunen werde das Angebot an Sprachförderung vor Ort transparenter und effizienter gemacht. Neben zentralen Fragen der sprachlichen und beruflichen Qualifikation wurde als **Schwerpunktbereich mit besonderer integrationspolitischer Herausforderung** die Frage der Herstellung von Chancengleichheit für junge Zuwanderer und Zuwanderinnen herausgestellt. Ein weiteres zentrales Thema sei das Zusammenleben in Stadtteilen mit hohen Zuwandereranteilen. Bei der Bewältigung der Probleme dieser Stadtteile gehe es weniger um Appelle und Visionen vom friedlichen Zusammenleben, sondern darum, alle Bewohnerinnen und Bewohner tatkräftig zu unterstützen. Das Gebot der Akzeptanz will der Minister als Leitziel sei-

ner gesamten Integrationspolitik verstehen. In der Diskussion wertete der Sprecher der CDU-Fraktion, Willi Zylajew, den neuen Ressortzuschnitt des Ministers als positiv: So sei den migrationspolitischen Bedürfnissen so eher entgegen zu kommen. Es sei wichtig, die Eigenarten des jeweils Anderen zu akzeptieren und Gewalt von rechts wie von links zu bekämpfen. Mit Blick auf den Zuwanderungsbericht sei es gerade angesichts der regional und örtlich sehr unterschiedlichen Zuwanderungsdichte von Bedeutung, stärker die Nutzung der Kindergärten nahe zu bringen, allerdings ohne dies erzwingen zu wollen. Ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt werde die schulische Integration sein müssen, ebenso wie die Frage der Ausbildung, in der es erhebliche Defizite gebe.

Lob für RAA

Die Sprecherin der Fraktion der SPD, Vera Dedanwala, unterstrich, Nordrhein-Westfalen habe in den letzten fünf Jahren sehr viel ermöglicht. Es sei nicht zu vergessen, dass ein hoher Anteil der Zuwanderer, die seinerzeit auf hier nicht besetzbare Arbeitsstellen geholt worden seien, aus Nichtausgebildeten bestanden habe. Die fehlende Ausbildung könne diesen Menschen nicht zum Vorwurf gemacht werden. Im Übrigen habe das Land gerade in den letzten drei bis vier Jahren viel für die Ausbildung von Kindern mit Migrationshintergrund getan. Im Gegensatz zur Auffassung von Willi Zylajew bleibe festzustellen, dass die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) sehr viel bewegt hätten.

Auch Barbara Steffens als Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sah die Politik der letzten Wahlperiode als erfolgreich an; dabei sei vor allem der Bereich der Ausbildungssituation zu nennen. Dem integrativen Kindergarten müsse besonderes Augenmerk zukommen. Hier seien mehr muttersprachliche Informationen zu vermitteln. Sprachangebote müssten im Übrigen vielfach frauenspezifisch gestaltet werden. Zusammenfassend stellte Vorsitzende Altenkamp-Nowicki (SPD) fest, die vorliegenden Berichte stellten eine gute Arbeitsgrundlage für die künftige Arbeit des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten dar: Sie gehe im Weiteren von einer guten, über die Parteigrenzen hinweg reichenden Zusammenarbeit aus.

Besetzung von Schulleiterstellen

Die Landesregierung habe die in der Schulpraxis auftretenden Probleme bei der Neubesetzung von Schulleiterstellen nach der gegenwärtigen Rechtslage des Schulverwaltungsgesetzes erkannt. Durch eine Reihe von Maßnahmen habe die Landesregierung jedoch die Rahmenbedingungen für Schulleiterstellen verbessert, sodass nun ein hinreichendes Interesse qualifizierter Bewerberinnen und Bewerber erwartet werden könne. Das geht aus der Antwort von Schulministerin Gabriele Behler (SPD) auf eine Kleine Anfrage des FDP-Abgeordneten Ralf Witzel hervor (Drs. 13/153).

Feuerschluckerin verzichtet auf Auftritt

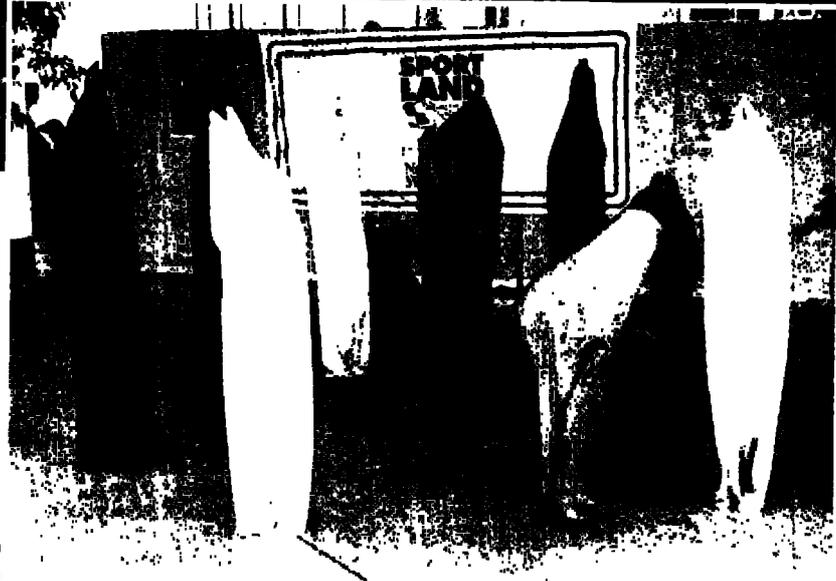
„Für einen Tag wird der Plenarsaal zur Manege, die Lobby zum Marktplatz, der Außenbereich zum Spielfeld“ – das ließen sich die 1500 jungen Menschen, die am Welttag des Kindes in den Landtag geströmt waren, vom Hausherrn, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, nicht zweimal sagen: Mit Begeisterung, einer gehörigen Portion Neugierde, ein bisschen Lärmentwicklung und viel Bewegung nahmen sie am 20. September das hohe Haus in Beschlag. Denn es galt, den Abschluss des von Landtag und Landesregierung ausgerufenen ersten „Jahrs des Schulsports“ zu feiern und mannigfache Ideen und Initiativen darzustellen.

Wenn, wie Landessportbundpräsident Richard Winkels sagte, heute ein Grundschüler am Tag nur eine Stunde in Bewegung ist, dann bekommen die Folgen jetzt oder später die Gesundheitskassen zu spüren: Haltungsschäden, deformierte Füße, motorische Auffälligkeiten, Koordinationsstörungen und schwach ausgeprägte Muskulatur nannte der Vertreter der mitveranaltenden Allgemeinen Ortskrankenkassen des Landes, Jürgen Stier, als Symptome einer Jugend, die allzu oft lieber „online“ als auf dem Sportplatz ist.

Locker und munter

Schülerfragen an die Landesminister Gabriele Behler (Schule) und Dr. Michael Vesper (Sport) nach ihren Möglichkeiten, den Sportunterricht weiter zu verbessern. Die eine wies darauf hin, dass der Schulsport in NRW einen hohen Stellenwert genießt und dass von den 5000 eingestellten neuen Lehrern im Lande in den letzten Jahren 1000 Sportlehrer waren. Der andere sah im Sportunterricht an der Schule das Fundament für Breitensport und Spitzensport: Das solle nicht abbröckeln, die Landesregierung wolle es nach Kräften verstärken. Warum es denn so viele „alte“ Sportlehrer gebe, die seien durchschnittlich 47 Jahre, stöhnte der Minister: „Das tut weh, denn ich bin 48.“

Locker und munter war das Programm, das nach der offiziellen Pressekonferenz im voll besetzten Plenarsaal abrollte. Ein Rundfunkjournalist und eine in der Freizeit feuerschluckende Gymnasiastin – aus Brandschutzgründen verzichtete sie auf eine Demonstration ihrer Kunst – führten als Moderatoren durch Interviews und die zum Teil artistischen Darbietungen des Jugendtheaters „Ratz Fatz“ aus Bochum, das Kleinkunstpreisträger in seinen Reihen aufweist. Danach und daneben präsentierten zahlreiche örtliche Initiativen in Wort, Bild und Vorführung eine positive Bilanz des Jahres des Schulsports. Nachmittags fühlten die jungen Landtagsbesucher einer Expertenrunde auf den Zahn; es ging dabei um die gesellschaftspolitischen Aspekte des Schulsports. Die Kinder und Jugendlichen trugen in den Landtagssälen und -fluren den Slogan des Schulsportjahrs auf ihren weißen T-Shirts: „Mehr Bewegung in die Schulen.“ An diesem – leider verregneten – Weltkindertag in Düsseldorf spürten die Mitglieder des hohen Hauses, dass dieses Motto kein leeres Versprechen geblieben ist. J. K.



Ein buntes Kaleidoskop an Sport, Spaß, Akrobatik, Spiel, Information, Unterhaltung und offiziellem Teil bot der Weltkindertag im Land esparlament. Er zog eine quirlige Bilanz des Jahres des Schulsports in Nordrhein-Westfalen.
Fotos: Schätze





Landtagspräsident verabschiedet Werner Fußbahn

Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) hat den Leiter des Referats Plenum und Ausschüsse, Ministerialrat Werner Fußbahn (l.), nach fast 34 Jahren Tätigkeit im Landtag aus dem aktiven Dienst verabschiedet. „Ich kann mir vorstellen, dass das für Sie ein bewegender Tag ist: für den Landtag Nordrhein-Westfalen bedeutet es einen deutlich spürbaren Einschnitt“, stellte der Präsident fest und fügte hinzu, der Landtag habe von Werner Fußbahns Engagement „in hohem Maße profitiert“. Er habe das Referat geleitet, das am engsten mit der parlamentarischen Tätigkeit der Abgeordneten verbunden sei, das unverzichtbar sei für Organisation, Koordination und inhaltliche Vorbereitung der Sitzungen von Plenum und Ausschüssen. „Sie haben für beide, für das Plenum des Landtags Nordrhein-Westfalen und seine Fachausschüsse die nötige Blutzufuhr geliefert und damit den Parlaments-Kreislauf stabilisiert und aufrecht gehalten, und das bei circa 1000 Plenarsitzungen in fast 34 Jahren und schätzungsweise um die 10 000 Ausschusssitzungen“, wandte sich Schmidt an den scheidenden Beamten. Werner Fußbahn habe diese umfangreiche Arbeit in fast sieben Wahlperioden für Hunderte von Abgeordneten und für die Präsidenten John van Nes Ziegler, Dr. Wilhelm Lenz, Karl Josef Denzer, Ingeborg Friebe und ihn, Schmidt, stets zuverlässig, präzise und geräuschlos erledigt. Der Präsident verband seinen Dank an den dienstältesten aktiven Beamten des Landtags mit den Worten: „Sie haben viel bewegt! Sie haben der Demokratie und dem Parlamentarismus über alle Fraktionsgrenzen hinweg gedient!“ Werner Fußbahn habe die von der Bevölkerung gewählten Abgeordneten mit seinem Erfahrungsschatz unterstützt und sie immer fair und loyal begleitet.



Aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der Städtefreundschaft zwischen Solingen und Thiès im Senegal hat eine offizielle Delegation aus Thiès unter der Leitung des Gouverneurs der Region Thiès, Idrissa Camara (2. v. r.), den Landtag besucht und ist von Landtagsvizepräsident Jan Söffing (l.) und dem Solinger SPD-Abgeordneten Ernst-Martin Walsken (2. v. l.) empfangen worden. Begleitet wurden die Gäste aus dem Senegal, zu denen auch eine Jugendgruppe gehörte, von Otmar Schick vom Stadtdienst Städtepartnerschaften der Stadt Solingen (M.). Rechts im Bild ein junger Dolmetscher. Foto: Schälte

Polizeibehörden entscheiden über ihre Inspektionen und die Wachen

„Werden in Nordrhein-Westfalen zunehmend Polizeiwachen geschlossen?“, hat der CDU-Abgeordnete Hans-Martin Schlebusch eine Kleine Anfrage an die Landesregierung überschrieben und dabei als Beispiel auf seine Heimatstadt Mülheim an der Ruhr zurückgegriffen.

Schlebusch schreibt, die Polizeipräsidentin in Mülheim an der Ruhr sei ausweislich von Presseveröffentlichungen gezwungen, Polizeiwachen „vor Ort“ aus Budgetgründen aufzugeben. Betroffen seien unter anderem eine Polizeidienststelle im Stadtteil Saarn sowie Polizeidienststellen auf der Hügelsstraße, Hingbergstraße und Wertgasse. Diese sollten zum Teil in das entfernter gelegene Polizeipräsidium von Mülheim verlegt werden. Die Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Mülheim an der Ruhr, befürchte darüber hinaus, die Schließung bürgerlicher Polizeiwachen sei der Vorgriff auf die immer wieder diskutierte Zusammenlegung mit benachbarten Polizeipräsidien.

Bezirksdienststellen

„Vor dem Hintergrund, dass auch die Landesregierung die Bürgernähe der Polizei gewährleisten und die Polizeipräsenz ‚vor Ort‘ sicherstellen möchte, ist die Schließung der betreffenden Polizeidienststellen mit dieser Zielsetzung nicht vereinbar“, betonte der Oppositionspolitiker. Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) weist in seiner Antwort darauf hin, dass nach einem Runderlass „Organisation der Kreispolizeibehörden des Landes Nordrhein-Westfalen“ die Behörden selbst über die Einrichtung und Stärke von Polizeiinspektionen und -wachen entscheiden. Dabei hätten sie kommunale Strukturen und kriminalgeografische Zusammenhänge zu berücksichtigen. Die polizeiliche Betreuung müsse sich insbesondere an den örtlichen Belastungsdaten wie Einsatz-, Kriminalitäts- und Verkehrsunfallgeschehen orientieren. Zum Fall Mülheim führt der Minister an, das dortige Polizeipräsidium beabsichtige nicht, mit Präsenzaufgaben beauftragte Polizeidienststellen wie Hauptwachen und Wachen aufzugeben. Die Behörde plane eine Verlagerung des Personals einzelner Dienststellen. Finanzielle Gründe seien hierfür nicht maßgeblich. Sie wolle vielmehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der gleichen Dienststelle, die bislang zum Teil in verschiedenen Gebäuden untergebracht seien, zusammenführen. Die Zusammenlegung von Polizeipräsidien sei zurzeit nicht beabsichtigt. Auf die Frage Schlebuschs, wie viele Polizeidienststellen und Polizeiwachen in den letzten fünf Jahren in NRW geschlossen worden seien, antwortet Behrens, in NRW seien in dem genannten Zeitraum zwei Polizeiwachen geschlossen und drei Polizeiwachen neu eingerichtet worden. 22 Polizeiwachen seien in Bezirksdienststellen umgewandelt worden (Drs. 13/80).

CDU stellt OB in Köln

Anke Brunn unterliegt Fritz Schramma

Die CDU stellt auch weiterhin den Oberbürgermeister in Köln. Ihr Kandidat Fritz Schramma setzte sich am Sonntag, 17. September, in einer Stichwahl gegen die SPD-Bewerberin, die Landtagsabgeordnete und ehemalige Wissenschaftsministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, Anke Brunn, durch. Für Schramma stimmten 52,3 Prozent der Wähler. Frau Brunn erhielt nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis 47,7 Prozent der Stimmen. An der Stichwahl beteiligten sich nur

39 Prozent der 712 000 Wahlberechtigten. Die CDU konnte damit zum zweiten Mal innerhalb eines Jahres das höchste Amt im Rathaus der größten Stadt Nordrhein-Westfalens erobern. Nach der Kommunalwahl vor zwölf Monaten hatte sie mit Harry Blum erstmals seit 40 Jahren wieder den Oberbürgermeister in der Domstadt gestellt. Weil Blum im Frühjahr überraschend gestorben war, mussten die Kölner erneut zur Wahlurne. Wegen einer Besonderheit in der NRW-Gemeindeordnung kann Schramma jetzt neun, statt der üblichen fünf Jahre amtierend. Nach den Vorschriften der Gemeindeordnung wird der Nachfolger eines vorzeitig ausgeschiedenen Oberbürgermeisters nicht nur für die laufende, sondern auch für die kommende Wahlperiode des Stadtrats bestimmt. In Nordrhein-Westfalen sind 2004 wieder Kommunalwahlen.

Lehrrettungswachen in NRW

In NRW werden rund 250 ermächtigte Einrichtungen des Rettungsdienstes mit circa 700 Ausbildungsplätzen im Sinne des Paragraphen 7 Rettungssassistentengesetzes (Lehrrettungswachen) betrieben, die auch die praktische Ausbildung zu Rettungssanitäterin oder Rettungssanitäter wahrnehmen. Auch das Personal privater Unternehmen kann in diesen Einrichtungen ausgebildet werden. Das teilt Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Abgeordneten Dr. Ute Dreckmann mit (Drs. 13/174).

Landeswahlausschuss

Auf Antrag der vier im Landtag vertretenen Fraktionen sind die Beisitzerinnen und Beisitzer für den Landeswahlausschuss berufen worden. Für die SPD wurden Manfred Böcker, Carina Gödecke, Edgar Moron und Brigitte Speth als Beisitzerinnen und Beisitzer sowie Jürgen Jentsch, Annelie Kever-Henseler, Irmgard Schmid und Ernst-Martin Walsken als deren Vertreter gewählt. Bei der CDU ging die Berufung an Tanja Brakensiek, Dr. Wilhelm Droste, Heinz Hardt und Herbert Reul sowie deren Vertreter Peter Klaus Biesenbach, Dr. Rolf Hahn, Heinrich Sahnen und Barbara Wischermann. Die FDP entsandte Dr. Stefan Grüll und als Vertreter Karl Peter Brendel in den Landeswahlausschuss. Die GRÜNEN sind mit Johannes Remmel als Beisitzer und Sylvia Löhrmann als Vertreterin in dem Gremium vertreten. Nach dem Landeswahlgesetz besteht der Landeswahlausschuss aus dem Landeswahlleiter als Vorsitzendem und zehn Beisitzern, die der Landtag aus seiner Mitte beruft. Jeder Beisitzer hat einen Stellvertreter.

Tischtennis im Landtag

Ein Netzwerk der Erwartungen und der Spannung

Vier Stunden lang höchstes Tischtennis-Niveau im Landtag NRW. Neun gemischtgeschlechtliche Paare tobten sich an den drei Platten aus. Der Chronist kommt nicht umhin, einmal mehr des Lobes voll zu sein über die Organisation, die einen reibungslosen Ablauf des fulminanten Wettbewerbs garantierte:

Brillant, Petra Theil. Fabulös, Thomas Schneider. Die bereitgestellte Infrastruktur hatte nichts damit zu tun, dass binnen kurzem die Wogen der Leidenschaft extraordinary Höhen erreichten. Das Wettkampffieber hatte von allen Beteiligten Besitz ergriffen. Die aufgeheizte Atmosphäre war der Transpiration förderlich, die, wie jedermann weiß, die Götter vor die Inspiration gesetzt haben. Diese wiederum setzte eine Kreativität, einen Spielwitz frei, der den genussüchtigen Zuschauern das Wasser im Munde zusammenlaufen ließ.

Hohe Anforderungen an Kondition und Konzentration

Schon Wochen vorher hatte sich die Vorfreude auf dieses Turnier in den Gängen des Landtags Bahn gebrochen. Die Spekulationen schossen wild ins Kraut: Wer sind die Favoriten? Wer hat sich überhaupt angemeldet? Wasserstandsmeldungen über Stärken und Schwächen der einzelnen Paare; Fragen nach der Harmonie der Partner, nach ihren Formschwankungen, nach psychischer wie physischer Konstitution webten ein Netzwerk der Erwartungen und der Spannung. Dieses riss am Tage der Entscheidung und entlud sich in heftigen Erschütterungen.

Es war ein kräftezehrendes Turnier, das hohe Anforderungen an Kondition und Kon-

zentration, an Mensch und Muskeln stellte. Überraschungen blieben nicht aus, letzten Endes jedoch setzten sich die Favoriten durch: Claudia Karstens und Helmut Diegel sind die neuen Champions. Knapp hinter ihnen rangierten Petra Theil und Volker Baier. Die Vorjahressieger Irmgard Birn und Hans Zinnkann landeten auf dem dritten Platz. Es hätte mehr sein können. Die anderen Paare – nicht nach ihrem sportlichen Abschneiden, sondern einfach nur so aufgeführt: Birke Jantz/Thomas Schneider; Andrea Glende/Georg Widera; Elif Karaca/Michael Landwehr; Kati Deutsch/Bernd Hallwaß; Angela Kremer/Manfred Marcinkowski; Monika Heßhaus/Georg Schröder. Das muntere Treiben an den Platten fand traditionsgemäß seine Fortsetzung in der Tangente.



Beim Journalisten-Cup der Essener Segelwoche hatte die Crew von „Landtag intern“ den Siegerpokal vom letzten Jahr zu verteidigen. Zehn Crews mit Medienvertretern aus NRW segelten auf fünf gesponsorten Booten gleichen Typs in zwei Startgruppen auf dem Baldeneysee, einige allerdings mit Hilfe von angeheuerten Profis. Das Boot mit „Landtag intern“ erreichte in zwei Wettfahrten einen 3. und einen 1. Platz. Eine Ausscheidung zwischen den beiden ausgelosten Gruppen fand nicht mehr statt, sodass der Pokal an die Crew von Bayer-Mediendienst ging. Angesichts des idealen Wetters gab es dennoch Grund zur Freude. v. l. Heinz Borchers (Landtagsverwaltung/Technik), Redakteurin Maria Mester-Grüner, Fotograf Bernd Schälte.

Foto: Udo Optenhögel

SPD-Fraktion

Bildungspolitische Reformen und Ausbau der Ganztagsbetreuung

Bildungspolitik und mehr Ganztagsbetreuung haben für die SPD-Fraktion Vorrang in dieser Legislaturperiode. Zur Sicherung des Unterrichts bei steigenden Schülerzahlen und für Englischunterricht ab Klasse 3 werden bis 2005 über 6 000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer gebraucht. Außerdem sollen viel mehr Kinder als bisher die Chance nach Abitur nach zwölf Schuljahren haben. Die Möglichkeit dazu soll grundsätzlich allen Schulen offen stehen. Favorisiert wird das Überspringen der Klasse 11.

Massiv ausbauen will die SPD-Fraktion die Angebote zur Ganztagsbetreuung von Kindern. 200 000 zusätzliche Angebote soll es bis 2005 geben. Die Schülertreffs in Kindergärten sollen von jetzt 500 auf 3 500 Gruppen ausgebaut werden. Ausgebaut werden soll auch das Angebot an den Schulen. Ein Ziel für die Sekundarstufe I sind zwei Gruppen für Nachmittagsbetreuung an jeder Schule. Für viele Alleinerziehende ist dieses Angebot ein Sprungbrett aus der Sozialhilfe in Erwerbsarbeit.

Das Erreichen der Reformziele für diese Legislaturperiode soll durch eine solide Haushaltspolitik gesichert werden. Die von Nordrhein-Westfalen unterstützte Steuerreform der Bundesregierung führt im nächsten Jahr zu Steuerausfällen für das Land in Höhe von 5,5 Milliarden Mark. Vor diesem Hintergrund sollen Förderprogramme nur fortgeführt werden, wenn

darauf ein Anspruch besteht oder deren Notwendigkeit begründet wird. Zur Absicherung der bildungspolitischen Ziele bleiben die Schulen von Haushaltskürzungen ausgenommen. Daneben hat die SPD-Fraktion drei Projekte beschlossen. Das Projekt „Medien: Qualifizierung und Kompetenz“ berücksichtigt die Veränderung von Berufsbildern und Unternehmensstrukturen durch die neuen Medien. Projektziel ist die Vernetzung vorhandener Potenziale sowie die Ableitung konkreter Anforderungen an Politik und Wirtschaft. Das Projekt „Umwelt und Gesundheit“ befasst sich mit den Themen: Gesundheitsbeeinträchtigungen durch Lärm und Verkehr; Umweltbelastungen durch Allergien; gesunde Ernährung – Lebensmittelqualität. Zum Projekt „Zukunft der Städte in NRW“ soll eine Enquetekommission des Landtages eingesetzt werden.

CDU-Fraktion

CDU-Fraktion legt Strategie und Arbeitsschwerpunkte fest

Die Diskussion über die Strategie und die Arbeitsschwerpunkte in den kommenden Monaten standen im Mittelpunkt der Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion NRW in Bad Oeynhhausen. Nach dem Bericht des CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Jürgen Rüttgers fanden Gespräche mit der CDU-Bundesvorsitzenden Angela Merkel und dem CSU-Generalsekretär Thomas Goppel statt.

Thematische Schwerpunkte waren die Konzepte für mehr Bürgerbeteiligung in NRW, ein Positionspapier zur Medienpolitik sowie schul-

verkehrs- und sicherheitspolitische Initiativen. „Die Wahl von Fritz Schramma in Köln und die Debatte um die Regierungserklärung haben gezeigt: Die neue CDU im Westen ist wieder im Aufwind. Eine aktuelle emnid-Umfrage bestätigt, dass die Menschen im Land dies erkannt haben. Während die SPD zerstritten und reformunfähig in ihren Landesparteitag ging und seit der Landtagswahl weiter an Zustimmung verloren hat, hat sich die CDU in NRW trotz der schwierigen Lage der Bundespartei stabilisiert. Die CDU in NRW muss der postmodernen Politik der SPD eine wertebundene Politik entgegensetzen“, erklärte der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende Jürgen Rüttgers.

Rüttgers forderte eine stärkere Solidarität mit der neuen Führung in Berlin. „Die unsinnigen Personalspekulationen in Hintergrundgesprächen müssen beendet werden.“ Gleichzeitig forderte

der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende ein deutlicheres inhaltliches Profil. „Wir müssen die Themen aufgreifen, die die Menschen bewegen. Deshalb ist es gut, dass die CDU das Thema Ökosteuer jetzt thematisiert.“ Rüttgers forderte in dem Zusammenhang einen Vier-Punkte-Plan gegen die Abzocke der Autofahrer:

1. Ökosteuer aussetzen und dann ganz rückgängig machen.
2. Anhebung der Kilometer-Pauschale von 70 auf 90 Pfennig.
3. Zeitlich befristete Senkung der Mineralölsteuer für LKW.
4. Eine Initiative der Bundesregierung zur EU-Harmonisierung der Spritsteuern.

Rüttgers: „Es muss endlich gehandelt werden. Alle Beteiligten müssen an einen Tisch. Wir brauchen dringend einen Auto-Gipfel in Deutschland.“

FDP-Fraktion

Zukunftskonzept Montanregion nötig

Auch die erheblichen Anpassungsanstrengungen im deutschen Steinkohlebergbau bis 2005 werden an der großen Differenz der Förderkosten von deutscher Steinkohle zu Importsteinkohle nichts ändern – die geologischen Nachteile des deutschen Bergbaus und die damit einhergehenden Kosten sind zu gravierend. In Anbetracht der großen Steinkohlevorräte in der Welt, der Öffnung der internationalen Energiemärkte und einem langfristig niedrigen Weltmarktpreis ist es nach Auffassung der FDP-Fraktion nicht verantwortbar,

die Subventionierung der deutschen Steinkohle unbefristet fortzusetzen.

Die Subventionen belasten den Landeshaushalt NRW jährlich mit einer Milliarde DM, die für den Strukturwandel und Investitionen in Bildung, Ausbildung und die Förderung neuer Technologien dringend gebraucht werden, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Dr. Gerhard Papke. Im globalen Standortwettbewerb werden nur die Regionen Arbeitsplätze und Wohlstand sichern, die den Modernisierungsprozess entschlossen unterstützen. Die FDP-Fraktion fordert deshalb, dass die Landesregierung zusammen mit der Bundesregierung und der Ruhrkohle AG ein Gesamtkonzept für die weitere Rückführung der Steinkohlesubventionen erarbeitet. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten zur Freisetzung zusätzlicher Mittel für die Strukturförderung ausgelotet werden.

Für das von der FDP geforderte Zukunftskonzept Montanregion sollen die Vereinbarungen des Kohlekompromisses von 1997 weiterhin die Grundlage für die Anpassungsplanung bis 2005 bleiben. Es sollen aber alle Möglichkeiten für eine vorzeitige Reduzierung der Fördermengen geprüft werden. Bei einer schnelleren Kapazitätsanpassung müssten die frei werdenden Mittel vollständig für Strukturfördermaßnahmen, insbesondere die Ansiedlung von Unternehmen mit zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen, genutzt werden. Bisher im Bergbau Beschäftigte sollen durch gezielte Weiterbildungsmaßnahmen auf andere Beschäftigungsmöglichkeiten vorbereitet werden. Ab 2005 muss eine degressiv gestaltete Anschlussregelung ein vollständiges Auslaufen sämtlicher Anpassungshilfen bis spätestens 2015 vorbereiten.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion

Schulzeit: Ja zu Förderung Nein zu genereller Verkürzung

Die derzeitige Debatte um Schulzeitverkürzung greift in verschiedener Hinsicht zu kurz. GRÜNES Ziel ist es, für alle Kinder und Jugendlichen – benachteiligte und privilegierte, behinderte und begabte – die Möglichkeiten individueller Förderung zu verbessern. Schon heute nutzen viele Jugendlichen mit guten Leistungen die Möglichkeit, in der 11. Jahrgangsstufe ein Auslandsjahr einzulegen und anschließend in die Klasse 12 einzusteigen. Außerdem gibt es bereits die Möglichkeit, bis

zu zwei Klassen in den Sekundarstufen I und II zu überspringen. GRÜNE wollen die Eltern mit diesen Möglichkeiten verstärkt vertraut machen und sie bei ihren Entscheidungen unterstützen.

Wir wünschen vor allem für die Oberstufe an Gymnasien, Gesamtschulen und Berufskollegs vielfältige Möglichkeiten der Leistungsunterstützung und Beschleunigung und fordern die Schulen auf, entsprechende Schulprofile zu entwickeln. Insbesondere wollen wir solche Profilbildungen durch unser Modellvorhaben „NRW Schule 21“ ermöglichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Schulen nachdrücklich auf, leistungstärkeren Jugendlichen in der Sekundarstufe I auch in Gruppen schulische und außerschulische Förderangebote zu machen. Dies kann geschehen durch Kooperationen mit Hochschulen (etwa Chemie-Kurse

am Nachmittag), durch Zusammenarbeit mit Unternehmen (Ferienkurse in Computerunternehmen) oder freiwillige Arbeitsgemeinschaften. Gegen eine generelle Einführung von Schnellzugzweigen spricht aus GRÜNER Sicht, dass gerade intellektuell begabte Kinder und Jugendliche Raum für emotionale und soziale Entwicklung in der Klassengemeinschaft brauchen. Auch wollen wir unbedingt die Durchlässigkeit der Bildungsgänge erhalten: ein Wechsel vom Gymnasium zur Gesamtschule oder Realschule und umgekehrt soll weiterhin in den Klassen der Sekundarstufe I ohne Probleme möglich sein. Unser besonderes Augenmerk gilt hier der Erprobungsstufe, also den Klassen 5 und 6. Wir wollen keine ausgewiesenen Eliteschulen. Und wir wollen die Entscheidungskraft der Jugendlichen stärken – die haben sie aber erst, wenn sie alt genug sind.

Kunstsammlung NRW zeigt ihren Bestand

Rund 240 Werke aus dem eigenen Besitz, der damit zu zwei Dritteln für die Öffentlichkeit zugänglich wird, stellt die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen bis zum 22. Oktober unter dem Titel „Unser 20. Jahrhundert – Meisterwerke von Picasso bis Beuys“ aus. Erstmals steht wieder das ganze Haus für die Präsentation der eigenen Kunstschätze zur Verfügung.

Viele der ausgewählten Werke sind neu im Bestand und werden erstmals gezeigt. Besonders auf dem Gebiet der Skulpturen und der Fotografie wurden Neuerwerbungen getätigt. Besucherinnen und Besucher erhalten gleich zu Beginn einen Eindruck von der Ausstellung durch Bilder von Oskar Schlemmer und Paul Klee, dessen 88 Werke aus der Sammlung Thompson 1962 den Grundstock der Staatsgalerie des Landes bildeten.

Auch Fotografie

Ein Schwerpunkt der Sammlung liegt auf der Malerei des 20. Jahrhunderts. Die Bedeutung unterstreichen unter anderem Werke von Henri Matisse, Pablo Picasso, Wassily Kandinski und Max Ernst. Den Bestand an Beuys-Werken ergänzen Dauerleihgaben aus der Sammlung des 1992 verstorbenen Düsseldorfers Günter Ulbricht.

Auch die Fotografie als eigenständiges Medium zeitgenössischer Kunst wird mit Arbeiten unter anderem von Bernd und Hilla Becher oder Katharina Sieverding gewürdigt. Im Herbst erscheint der neue 700-seitige Bestandskatalog der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, der alle Werke in einem Band dokumentiert und farbig abbildet.

(Die Kunstsammlung NRW, Grabbeplatz 5, in Düsseldorf ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, freitags bis 20 Uhr geöffnet. Auch für Gruppen lässt sich ein Besuch im Landtag bequem mit einem Abstecher in die Staatsgalerie verbinden.)

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX 8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin: Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer: Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin: Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer: Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent: Notker Becker (CDU), Pressesprecher: Michael Block (FDP), Pressesprecher: Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Schon wieder eine Alt-68erin, die das Leben gelehrt hat, Illusionen fahren zu lassen und stattdessen nach politischen Kompromissen zu suchen. Oda-Gerlind Gawlik ist vom Jahrgang 1948. 1966 begann sie ihr Jurastudium an der Ruhruniversität Bochum. Kurt Biedenkopf war dort Gründungsrektor, und vor allem an der Freien Universität Berlin braute sich langsam etwas zusammen, was bald Studentenrevolte hieß und viele politisch Aufgeweckte und Aufbegehrende packte und mitriss. Oda-Gerlind Gawlik, geboren in Marl, machte bei den Jusos mit, und an der Uni Bochum gehörte sie zum linken SHB. Der linksradikale SDS war der jungen Frau schon damals nicht geheuer. Sie fühlte sich zwar als Linke, aber als eine von der gemäßigten Art. Aufrührerischen Reden vor nicht kontrollierbaren Menschenansammlungen hat sie stets misstraut, Gewalt als einem Mittel der politischen Auseinandersetzung immer widerstanden.

Ein Tag im Vorherbst 2000. Die neue SPD-Abgeordnete aus Mülheim macht einen erschöpften Eindruck. Gerade musste sie sich im Plenum die Regierungserklärung von Parteifreund Wolfgang Clement anhören. Fast zweieinhalb Stunden hatte sich der Ministerpräsident Zeit genommen. Oda-Gerlind Gawlik, die Clement und dessen nüchterne Art mag, nimmt auf dem Bürosessel Platz und sagt: „Mehr als zwei Stunden – da muss man schon ein begnadeter Redner sein, um jederzeit seine Zuhörer zu fesseln.“ Sie erinnert sich vage an einen Redeauftritt des legendären politischen Redners Willy Brandt vor dreißig Jahren in ihrer Ruhrgebiets-Heimat.

Oda-Gerlind Gawlik erzählt, sie habe noch nie eine andere Partei als die SPD gewählt. Sie sagt aber auch, dass sie nicht hundertprozentig, wohl aber in den Grundsätzen, den „großen Linien“ mit ihrer Partei übereinstimme. Nach dem 2. juristischen Staatsexamen wechselte die junge Assessorin zur Universität Gießen, wo sie wissenschaftliche Assistentin war. Der SPD kehrte sie damals, 1974, den Rücken. Sie war ungeduldig, der Parteiapparat schien ihr zu schwerfällig zu sein. 1982, als Helmut Kohl zu regieren begann, trat sie wieder in die SPD ein. Jetzt will sie sie nie wieder verlassen.

Das Interesse an Politik hat der Großvater geweckt. Der war Bergmann im Ruhestand und kümmerte sich viel um seine Enkelin: „Seit ich ein kleines Mädchen war, hat mich der Großvater politisch wach gemacht.“ Oda-Gerlind, die älteste von drei Geschwistern, ging bereits als Volksschulkind mit dem Opa in die Wahlkabine und lernte, dass es eine demokratische Pflicht sei, zu wählen und politisch mitzubestimmen.

Viele Jahre später entschloss sie sich, aktiv Politik zu betreiben. Davor hatte es einen herben beruflichen Rückschlag gegeben. Seit 1987 hatte sie als Beigeordnete für Schule, Kultur, Weiterbildung und Sport in ihrer neuen Heimat Mülheim an der Ruhr gearbeitet. 1994 wurde sie Verwaltungschefin. Dann folgte die Kommunalwahl, und die SPD sackte in der Wählergunst der Mülheimer um zehn Prozentpunkte. Frau Gawlik räumt ein, dass sie den politischen Gegner verstanden habe, als der damals ihrer Stadtdirektor-Karriere nach einem Jahr ein Ende setzte. Persönlich getroffen fühlte sie sich dennoch. Nach einem halben Jahr des Überlegens folgte der Entschluss, eine Abgeordnetenlaufbahn in Düs-



Oda-Gerlind Gawlik (SPD)

seldorf anzustreben, was dann im Mai 2000 geschafft war.

Frau Gawlik weiß, dass sie als Parlamentsneuling erst mal ihren Stellenwert ausloten muss. Nichts falle einem in den Schoß. Sie arbeite gerne und habe keine Scheu vor dem Bohren dicker Bretter, behauptet die Sozialdemokratin. Niederlagen will sie wegstecken: „Es ist kein Beinbruch, mal eine Abstimmung zu verlieren.“

Ihren Weg von einer schwungvollen Jungsozialistin und linken Studentin zu einer abwägenden Politikerin in der Mitte des Lebens umreißt Oda-Gerlind Gawlik mit dem Satz: „Es gibt keine Position, die man lupenrein vertreten kann. Eine der wichtigsten Dinge überhaupt ist es, nach tragfähigen Kompromissen zu suchen.“

Sie betont es nicht ausdrücklich, aber man glaubt aus ihren Sätzen doch eine gewisse Sorge über das Bild der SPD in der Öffentlichkeit herauszuhören: Das sei das Schwierige und für die Sozialdemokratie Entscheidende: Einerseits den wirtschaftlichen Zwängen Rechnung zu tragen und andererseits nicht das Ziel sozialer Gerechtigkeit aus den Augen zu verlieren. Dass ihr Herz immer noch links schlägt, verrät eine Bemerkung über den Aufbau Ost nach der Wende: „Ich fand es gut, dass die Einheit kam. Aber mit der Art und Weise, wie das geschah, hatte ich Probleme. Ich hatte den Eindruck, dass der Osten ein Stück freigegeben wird für den kapitalistischen Westen.“

Oda-Gerlind Gawlik greift während der anregenden Unterhaltung häufig zur Zigarettenschachtel. Sie hat bereits mehrfach versucht, mit dem Rauchen aufzuhören, aber ohne Erfolg. Clement, der es geschafft hat, bewundert sie dafür. Zum Sporttreiben hat die Abgeordnete ein distanzierendes Verhältnis. Ein bisschen Gymnastik, ein wenig radeln – das ist alles. Lebhaft wird sie, sobald die Rede ist von Reisen und kulturellen Interessen. Sie schwärmt vom Sommerurlaub im nordspanischen Galizien, sie erwähnt eines ihrer Lieblings-Reiseziele Mexiko. Und schließlich folgt ein fast feierliches Bekenntnis: „Ich liebe moderne Literatur, Kunst und Theater.“ Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Zur Person

Geburtstagsliste

2. 10. **Michael Breuer** (CDU), 35 J.

★

Professor Dr. Werner Schmalenbach, Gründungs-Direktor der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, hat am 13. September seinen 80. Geburtstag begangen. NRW-Ministerpräsident **Wolfgang Clement** (SPD) würdigte den Jubilar als einen „unermüdlischen Freund von Kunst und Kultur“. Schmalenbach habe „nahezu aus dem Stand“ eine der weltweit bedeutendsten Sammlungen zur Malerei der klassischen Moderne auf- und ausgebaut. Werner Schmalenbach entstammt einer Göttinger Professorenfamilie. 1932 folgte der Vater einem Ruf nach Basel. Der junge Schmalenbach begann in der Schweizer Grenzstadt zu studieren: Kunstgeschichte, Archäologie, Germanistik. Seine Dissertation schrieb er über „Die Kunst der Naturvölker als Anregungsquelle für die europäische Kunst bis 1900“. Er war damals bereits Konservator am Baseler Kunstgewerbemuseum. 1955 wurde er Direktor der Kestner-Gesellschaft Hannover. 1962 ernannte ihn die nordrhein-westfälische Landesregierung zum Direktor der neu gegründeten Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, die rund um ein Konvolut mit Arbeiten von Paul Klee entstand. Im Herbst 1990 wurde er vom damaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten **Johannes Rau** (SPD) in der alten Staatskanzlei am Mannesmannufer in den Ruhestand verabschiedet. Nach Schmalenbachs 28-jährigen Ägide in Düsseldorf stand die Kunstsammlung NRW im Ruf einer Staatsgalerie des Landes. Werner Schmalenbach hatte es mit Geschick und vor allem Ausdauer verstanden, Spitzenwerke des 20. Jahrhunderts, u. a. von Matisse, Picasso, Bacon, Beckmann, Chagall, Dalí, Max Ernst, Roy Lichtenstein und anderen zu erwerben. Die Kunstsammlung am Düsseldorfer Grabbeplatz nennt heute rund 200 bedeutende Werke der Malerei des 20. Jahrhunderts und seit neuestem auch der Bildhauerei und Fotografie ihr eigen. Schmalenbachs Nachfolger als Direktor der Kunstsammlung ist **Professor Dr. Armin Zweite**, der zuvor zehn Jahre lang die Städtische Galerie im Münchner Lenbachhaus leitete.

★

Fritz Pleitgen ist in Köln vom WDR-Rundfunkrat mit 35 Stimmen bei zwei Gegenstimmen für sechs Jahre als Intendant des Westdeutschen Rundfunks Köln (WDR) wiedergewählt worden. Der 62-Jährige will allerdings nach eigenen Angaben nicht volle sechs Jahre im Amt bleiben. Pleitgen habe allerdings zugesichert, zumindest die halbe Amtszeit Intendant zu bleiben, berichtete der Rundfunkratsvorsitzende, der frühere SPD-Landtagsabgeordnete **Reinhard Grätz** nach der Wahl. Pleitgen hatte als einziger kandidiert. Seine zweite Amtszeit beginnt Mitte 2001. Anfang nächsten Jahres wird der aus Duisburg stammende Fritz Pleitgen aller Voraussicht nach für zwei Jahre den Vorsitz der ARD übernehmen.

★

Hanns-Dieter Hüsch, Kabarettist (rechts im rechten Bild), ist vom Förderverein der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege in Düsseldorf zum



Kartoffelfeste künden den Herbst an

Das Landleben in Westfalen hat zu jeder Jahreszeit eine Menge zu bieten. Besonders im Spätsommer und im Herbst freuen sich die ländlichen Orte bei vielen Landfesten, Erntedankfesten oder Kartoffelfesten auf Gäste. Denn in Nordrhein-Westfalen und damit auch im westfälischen Landesteil ist wie im übrigen Deutschland im Herbst Kartoffelernte. Früher hießen die Herbstferien „Kartoffelferien“, weil die Kinder beim Kartoffellesen mithalfen. Manchmal sind die Kinder auch heute noch dabei, weil es einfach Spaß macht (Bild). Viele ältere Bürgerinnen und Bürger im Land werden sich dagegen noch an die Zeit nach dem Krieg erinnern, als nach der Lese auf die Felder ausgeschwärmt wurde, um etwas zu essen in den heimischen Topf zu bekommen. Im Jahr 2000 wird die Vielfalt des Grundnahrungsmittels Nr. 1 traditionell in Westfalen in vielen Kartoffelfesten gefeiert. In der Broschüre „primaLandLeben“ des Landesverkehrsverbandes Westfalen findet der interessierte Ausflügler die Termine der schönsten Kartoffelfeste in Westfalen. Die Broschüre kann kostenlos bei genanntem Landesverkehrsverband, Friedensplatz 3, 44135 Dortmund oder unter der Serviceline (01 80) 5 17 51 80 bezogen werden. Das Heft enthält 233 Angebote, die die Vielfalt des ländlichen Westfalen dokumentieren.

Foto: Landesverkehrsverband Westfalen

ersten Ehrenmitglied ernannt worden. Der 1925 am Niederrhein geborene Künstler habe sich beispielhaft für die Erhaltung der Natur eingesetzt, hieß es zur Begründung. Vor acht Jahren hatte Hüsch auf Anregung des Fördervereins die Patenschaft für das niederrheinische Naturschutzgebiet „Hetter“ übernommen. Seitdem habe er für den Bruch, eines der größten zusammenhängenden Wiesen- und Wasservogelbrutgebiete am Niederrhein, geworben. Mit einem Matinee-Programm, Benefizveranstaltung und seinem Buch „Überall ist Niederrhein“ nahm Hüsch nach Mitteilung der Stiftung bis jetzt 280 000 Mark für das Reservat ein. Das Geld wurde von der Nordrhein-Westfalen-Stiftung für den Ankauf von Flächen in dem Naturschutzgebiet genutzt. Der ehemalige Landtagsabgeordnete und frühere Landesinnenminister **Franz-Josef Kniola** (im Bild links), Vorsitzender des För-



dervereins, überreichte Hüsch die Ehrenmedaille seiner Organisation. Der Förderverein der NRW-Stiftung zählt rund 5800 Mitgliedschaften.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)